

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ka 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erstein mit Ausnahme des Montags täglich

6. Jahrgang.

Mittwoch, 19. Mai 1926.

Nr. 117.

Schwarze Heerschau.

Die deutschen Christlichsozialen haben am Sonntag in Troppau ihren Reichsparteitag abgehalten, der, wie man das von bürgerlichen Veranstaltungen gewöhnt ist, eine auf die Erzielung äußerer Effektes abzielende Paradeveranstaltung war. Grundsätze politischer oder taktischer Art brauchen auf solchen bürgerlichen Tagungen durch die freie Meinungsäußerung ihrer Delegierten nicht erarbeitet zu werden, die werden anderenorts beschlossenen; am allerwenigsten ist bei klerikalen Tagungen eine freie Aussprache zu erwarten, denn hier sind die Anschauungen durch die Dogmen der Kirche vorgezeichnet, und die Politik wird von höheren Augen bestimmt, so daß eine Debatte, in der verschiedene Ansichten geäußert werden könnten, von vornherein ausgeschlossen ist. Von einem geistigen Ringen ist keine Spur, alles geht wie am Schnürchen, einige Paraderedner hatten ihre Referate, die brav und gehoriam angehört werden, dazwischen werden die Teilnehmer zur Messe in die Kirche geführt, dann werden — natürlich „einfellig“ — einige Resolutionen angenommen, dazu wird eifrig Beifall geklatscht und der Reichsparteitag ist fertig. So konnten auch in Troppau die „Verhandlungen“ in wenig mehr als einem Tage zu Ende geführt werden. Wer wollte von solchen schwarzen Paraden auch mehr erwarten!

Die Arrangements hatten in Troppau für glatte Abwicklung und äußeren Glanz gesorgt, und die gehaltenen Reden und erstatteten Berichte hatten nur die Aufgabe, agitatorisch zu wirken. Einmal nennen die Klerikalen das Ding Katholikentag, das anderemal Reichsparteitag, es ist aber immer daselbe und trägt immer dieselbe Marke. Aus dem vorgelegenen Rechenschaftsbericht kam die klerikale Zufriedenheit über den bei den Novemberwahlen erzielten Wahlerfolg in ausgiebiger Weise zum Ausdruck, stärker noch als zu dieser Freude eigentlich Veranlassung vorliegt, denn so groß war dieser Wahlerfolg nicht, wie die Klerikalen behaupten, die mit bei weitem höheren Erwartungen in den Wahlkampf gegangen waren. Ueberstürzt, zu bemerken, daß die christlichsoziale Partei in dem Bericht das Anwachsen der bürgerlichen Parteien gegenüber den sozialistischen Parteien bejubelt, wobei sich dieser Jubel auch auf die deutschen Nationalsozialisten erstreckt, die zum sozialistischen Lager zugezählt werden. Aber Freude herrsche in den schwarzen Hallen nicht nur über den Erfolg der deutschen christlichsozialen Partei, sondern auch über die Fortschritte der tschechischen und slowakischen Klerikalen. Nachdem die internationale Zusammengehörigkeit der Schwarzen ihren Ausdruck gefunden hatte, wurde wieder die Fahne des Deutschtums herbeigeholt und versichert, daß die christlichsoziale Partei keiner anderen in der Vertretung der nationalen Interessen nachgestanden sei.

Wie man das gewohnt ist, hatte der christlichsoziale Parteitag für jede Klasse und jeden Stand ein Zuckerl übrig, und es gibt nach den dort vorgelegenen Bereuerungen keine Frage, welche der christliche Sozialismus nicht spielend zu lösen imstande wäre. Der Merkmalismus behauptet, im Besitze eines untrüglichen Zaubermittels zu sein. Dieses Zaubermittel heißt christliches Sittengesetz, das nur angewendet zu werden braucht, um alle Schäden und Uebel in der Welt zu beseitigen. Den Wölfen und Hyänen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung braucht nur dieses christliche Sittengesetz beigebracht zu werden, dann ist der Sozialismus überflüssig und der Augenblick gekommen, da Schafe und Raubtiere im Frieden miteinander die Wiesen der von Gott gegebenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung abgrasen werden. Es ist das alte klerikale Werkel: nicht die Gesellschaft, nicht ihre ökonomischen Grundlagen und nicht die in der heutigen Wirtschaftsordnung gelegenen Ausbeutungsmöglichkeiten brauchen geändert oder abgeschafft zu werden, sondern geändert sollen nur werden die Menschen, indem man sie mit „christlichem Geist“ erfüllt. Die Menschen durch den Glauben gut

und friedfertig zu machen und sie mit dem Geiste „christlichen Solidarismus“ zu erfüllen, das wird von der Kirche nun schon annähernd an die zweitausend Jahre versucht, wer soll da noch glauben, daß das christliche Ideal im dritten Jahrtausend erreicht wird! Da es keine Debatte gab und geben durfte, erfuhr man nicht, ob alle Anwesenden wirklich von jener geistigen Bedürfnislosigkeit waren, die bei ihnen vorausgesetzt wurde, um an die vorgetragenen Deklamationen über die Lösung des sozialen Problems zu glauben.

Es wurde auch über die politische Lage gesprochen. Hierbei erfuhr man, daß die christlichsoziale Partei einen „unentwegten Kampf“ für Ehrlichkeit, Rechtlichkeit und Wahrheit im öffentlichen Leben, für Demokratie und Parlamentarismus führen. Wenn man das nicht von so autoritativer Stelle zu hören bekäme, es bliebe einem ewig verborgen, denn nach der täglichen Praxis der christlichsozialen Partei und ihrer Presse muß man auf die Ehrlichkeit und Redlichkeit ihres Kampfes ganz andere Schlüsse ziehen. Der Kampf der Christlichsozialen für Demokratie und Parlamentarismus besteht wohl darin, daß die christlichsoziale Presse — was besonders in der letzten Zeit der Fall war — alle die abgetadelten früheren Adelsigen zu Worte kommen läßt, damit sie ihren Haß gegen die Demokratie, die „als reaktionäre Institution jeden Kredit verloren“ habe, die „eine überwundene Form“ sei und was dergleichen feudale Ergüsse mehr sind, ausschleimen können.

Für die Zölle haben die Christlichsozialen ein warmes Herz, und der Abgeordnete Dr. Luschka, der über die politische Lage sprach, erklärte, es sei Pflicht der Christlichsozialen, durch die Zölle der schleichenden, volksverarmenden Wirtschaftskrisis zu steuern. Von welchen volkswirtschaftlichen Kenntnissen dieser Herr besaßt ist, beweist seine Behauptung, ein Ueberhandnehmen der Einfuhr aus den mit Schutzoll geschützten Staaten würde eine Verteuerung der Lebensmittel bewirken, da eine unkontrollierte Spekulation des Zwischenhandels eintreten würde. Der Herr ist also der Meinung, daß eine Ware um so teurer wird, je mehr von ihr auf den Markt gelangt. Die verammelten gläubigen Schäflein aber nahmen auch diese Frozzelei ruhig hin. Im übrigen, so meinte Herr Luschka, dürften die Schutzzölle nur auf dem Papier bleiben, wenn, nun wenn im Lande so viele landwirtschaftliche Produkte erzeugt werden, daß eine Einfuhr vermieden werden kann. Bis dahin kann das christliche Volk, dem Herr Luschka und seine Partei mit ihrem Eintreten für die Lebensmittelzölle gleich eine Probe des christlichen Sittengesetzes gaben, verhungern. Den Agrariern die Zölle, den Pfaffen die Erhöhung der Kongrua und den Konsumenten den Strick, das war der Hauptinhalt der aktuellen Tagesforderungen des christlichsozialen Reichsparteitages. Herr Luschka trat für die Kongruenerhöhung ein, und wer „auf dem Boden positiven Christentums“ stehe, der könne nicht anders, denn die Gegner der katholischen Kirche wollen nach seiner Meinung deshalb die Anwendung von 70 Millionen aus Staatsmitteln an die Pfaffen verhindern, weil sie — die christliche Weltanschauung zertrümmern wollen! Als dann noch ein paar Vertreter der „christlichen Arbeiterklasse“ gesprochen hatten, und Abgeordneter Zajicek, der als christlichsozialer Arbeitervertreter angesehen werden will, die „letzten Bedenken zerstreut“ hatte, wurde die für die Hungerszölle eintretende Resolution einstimmig angenommen.

So ging die klerikale Parade zu Ende, und man muß über den Mut der Pfaffenpresse staunen, in der zu lesen ist, der Reichsparteitag habe bewiesen, die Sendung der christlichsozialen Bewegung sei, dem sudetendeutschen Volke zu seinem Recht und seiner Freiheit, und Europa zum Frieden und zur Ordnung zu verhelfen. Recht, das ist das Recht der Sörigkeit gegenüber der Kirche, Freiheit, die Freiheit des Verhungerns und die Freiheit, sich ausbeuten zu lassen, Frieden, das ist der Frieden des Kirchhofs. Während der ganzen Tagung wurde ein einziges

wahres Wort gesprochen: Mit dem Aufstieg sei auch die Verantwortung für die Partei größer geworden. Der Merkmalismus hat dank der Schlawpheit und Verräterei des freisinnigen Bürgertums einen Aufstieg erlebt, aber wie

er sich durch diesen Erfolg verpflichtet fühlt, hat gerade diese Tagung, die in einen Hymnus auf den Hungersoll ausklang, bewiesen.

Der Kampf um die Getreidezölle.

Debatte im Senat.

Prag, 18. Mai 1926.

Im Senatsplenum begann heute die Debatte über den Antrag Donat, in welchem die Einführung der sechsfachen Getreidezölle der Vorkriegszeit verlangt wird, eine Angelegenheit, welche die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auf das empfindlichste berührt. Standen sich bei der ersten Beratung des Antrages die Fronten der Freunde und Gegner des sechsfachen Jolles scharf gegenüber, so merkte man an den Reden, die sowohl in der Obmännerkonferenz, als auch im Plenum gehalten wurden, eine Bereitschaft gewisser Parteien zu Verhandlungen. Im Plenum vertrat der tschechische Nationalsozialist Stastny den Standpunkt, daß sechs Agrarzölle, wenn auch nicht sechsfache, für die Landwirtschaft eine Notwendigkeit seien, woraus also hervorgeht, daß auf den einen Teil des tschechischen sozialistischen Blocks im Kampfe gegen die Getreidezölle kein Verlaß ist. In der Obmännerkonferenz wieder waren es die tschechischen Nationaldemokraten und deutschen Christlichsozialen, welche eine Abstimmung über den Antrag Donat hinausziehen wollten, um eben das Ergebnis der hinter den Kulissen geführten Verhandlungen abzuwarten. Die Christlichsozialen sind überhaupt in größter Verlegenheit und möchten sich um die Abstimmung gerne drücken.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Vorsitzende Alois eröffnete die Sitzung um halb 5 Uhr nachmittags. Zunächst leisteten die Senatoren Emanuel Ruzicka und Ludwig Korinek — letzterer der deutsche Agrarier, der durch den Spruch des Wahlgerichtes das Mandat erhalten hat — die Angelobung.

Auf der Tagesordnung befindet sich als erster Punkt der Bericht des Verfassungsausschusses über den Regierungsantrag betreffend die Forderungen aus Verpflichtungen des alten Oesterreich. Die Vorlage bedeutet eine Durchführung der privatrechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages und wird vom Referenten Sen. Dr. Krupka zur Annahme empfohlen. Der Gesetzentwurf wird sodann ohne Debatte in erster Lesung angenommen.

In zweiter Lesung gelangen ferner die Vorträge der Nachfolgestaaten über die von der Regierung des ehemaligen Oesterreich gewährten Pensionen, abgeschlossen am 6. April 1922 in Rom und am 30. November 1923 in Wien zur Annahme.

Hierauf wird in die Verhandlung der Ausschussberichte, die den bekannten Antrag Donat betreffen, eingegangen, worüber namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Agrarier Sablik, namens des Budgetausschusses der Agrarier Rohrer referieren. Der erstere rechtfertigt das Verlangen der Agrarier nach den sechsfachen Getreidezölle in längerer Rede, während der letztere den Haß an den Taschen der arbeitenden Bevölkerung mit einem einzigen Satze zu begründen für genügend hält.

Als erster Redner in der Debatte gelangte der tschechische Nationalsozialist Stastny zu Wort, aus dessen Rede klar zu erkennen war, daß die Partei des Redners für ein Entgegenkommen an die agrarische Forderung zu haben ist. Er erinnerte wohl daran, wie elend die Lebenslage der Arbeiter insbesondere seit dem Lohnabbau von 1922 ist und daß die Beamtenregierung den Antrag Donat nicht verwirklichen könne, daß aber der Senat, wenn er den Antrag annimmt, desavouiert werden wird. Andererseits aber gab der Redner die Notwendigkeit des Zollschutzes für die Landwirtschaft — und zwar in Form fester Zölle — zu, aber der Zollschutz darf nicht als ein Diktat der Bevölkerung auferlegt werden.

Sen. Kahler (B. d. Landw.) erklärt ein-

gangs seiner Ausführungen, der Staat und die alte Koalition haben sich um die Landwirtschaft sehr wenig gekümmert. Die gleitenden Zölle würden zu einem Spekulationsobjekt. Durch die Niederhaltung der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist

er sich durch diesen Erfolg verpflichtet fühlt, hat gerade diese Tagung, die in einen Hymnus auf den Hungersoll ausklang, bewiesen.

die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erschüttert worden. Wir verlangen eine annähernde Gleichstellung mit der Industrie und deshalb darf der Koeffizient nicht unter das Sechsfache fallen.

Der tschechische Sozialdemokrat Senator Casny weist darauf hin, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Verhältnis zur Valuta nicht niedriger sind als in der Vorkriegszeit. Die Durchführung des Antrages Donat würde eine bedeutende Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel bedeuten. Die Löhne selbst der landwirtschaftlichen Arbeiter würden im Falle des Steigens der Profite der bäuerlichen Unternehmer nicht steigen. Die Kleinlandwirte der Hanna haben sich entschieden gegen die Zölle ausgesprochen. Diejenigen, welche bis drei Dektar Boden besitzen, haben kein Interesse an Getreidezölle, denn sie müssen selbst Getreide einkaufen. Allein an Grundbesitzern, die nur bis zwei Dektar haben, gibt es aber in der Republik eine Million. Durch die Einführung von Getreidezölle werden wir mit den Staaten, die unsere Industrieartikel kaufen und in denen wir Getreide einkaufen, in Konflikt geraten. Das wird die Krise unserer Industrie verschärfen und die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtern.

Nachdem noch der tschechisch-merikale Senator Sacht gesprochen hatte, wird die Debatte unterbrochen. Mittwoch gelangt als Sprecher unseres Klubs Genosse Polach zu Worte.

Der Zollantrag im Abgeordnetenhaus.

Zuweisung an den Budget- und landwirtschaftlichen Ausschuss.

Auf der Tagesordnung des Initiativ-

ausschusses des Abgeordnetenhauses, der gestern nachmittags tagte, stand die Zuweisung des agrarischen Antrages auf Einführung fester Zölle. Der Referent Dubicky beantragte nach einer kurzen Begründung die Zuweisung des Antrages an den landwirtschaftlichen Ausschuss und an den Budgetausschuss.

Genossin Kirpal

als Korreferentin verweist auf die Verfassungswidrigkeit des Schutzollantrages. Das Gesetz vom 20. Februar 1919 über das Zollgebiet und die Zolleinhebung ermächtigt die Regierung lediglich, die Zollsätze für bestimmte, unbedingt notwendige Warengruppen zeitweise herabzusetzen oder aufzuheben. Da während des Krieges und auch in der Tschechoslowakei nie Schutzzölle auf Getreide, Mehl und Schweinfett bestanden haben, so kann die Regierung auf Grund dieser Ermächtigung keine Zölle einführen. Auch bei der Einführung der gleitenden Zölle am 4. Juni 1925 wurde die handelspolitische Ermächtigung mißbraucht. Die Ermächtigung sieht vor, daß der Schutz des geltenden Zolltarifs auch bei Verschiebung der Preis- und Währungsverhältnisse der gleiche bleibt, was aber seit 1921 nicht eingetreten ist; es handelt sich also um eine Gesetzesverletzung. Für die Ablehnung sprechen aber auch andere Gründe. Wenn die Großagrarien behaupten, daß die Absperrung der Grenzen nur dem Schutz der landwirtschaftlichen Interessen dienen soll und keine Preiserhöhung eintreten muß, so ist das zweifellos nicht richtig. Genossin Kirpal macht auch auf eventuelle Abwehrmaßnahmen anderer Staaten aufmerksam. Den Abnehmern unserer Industrieerzeugnisse werden Hindernisse in den Weg gelegt; sie können dann wegen der hohen Zölle ihre landwirtschaftlichen Ueberflüsse nicht zu uns einführen. Daß auch andere Staaten Zölle haben, ist kein Argument. Erstens sind nicht alle wirtschaftspolitischen Fragen auf alle Staaten gleich anwendbar, weiters ist der Zoll in manchen Staaten nur als reiner Schutzoll zu betrachten, da der Bedarf aus der eigenen Wirtschaft gedeckt wird. Es ist auch kein Argument, daß vor dem Kriege Zölle bestanden haben. Die heutigen Arbeitslöhne stehen an Kaufkraft tief unter den Vorkriegslöhnen. Außerdem hatten wir keine Umsatzsteuer und ein viel höheres Existenzmini-

Neue Steuervorlagen.

Verteuerung des Zuckers um 60 Heller. — Erhöhung der Spiritussteuer. Sicherung des Militärbudgets auf ein Jahr. — Alters-, ver. org. u. g.

num. Jetzt wird jede Ware bis siebenmal versteuert. Das Einkommen ist auf das Fünftel bis Sechstel, die Preise auf das Zehnfache der Vorkriegeshöhe gestiegen. In einer Zeit, wo die Steuerlasten bereits überhand nehmen, plant man neue Erhöhungen. Genossin Kripal bespricht dann die Arbeitslosigkeit, Murrarbeit, das Elend der Arbeiterklasse. Sie setzt sich mit der Gewerkepartei auseinander, die für Schutz zölle ist, während der Reichsverband der Kaufmannschaft in einer offiziellen Mitteilung seine berechtigten Bedenken gegen die geplante Einführung der Schutz zölle äußert. Die Zölle sind nur für die Großhändler und den Staat, sie sind aber kein Erfordernis der Kleinbauern und Häusler, die noch Erd- und Mahlprodukte einkaufen müssen. Wir sind für den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion und zwar verlangen wir die Einführung eines Getreidemonopols, staatliche Unterstützung der kleinen Landwirte, Herabsetzung der Industriezölle, allgemeine Herabsetzung aller Zölle. Wir sind gegen die Zuweisung des Antrages zur Verhandlung in den Ausschüssen und im Plenum, weil er sozial ungerecht und ungerecht ist, eine Sonderbelastung der untersten Schichten des Volkes bedeutet und die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuert und zwar um so stärker, je geringer das Einkommen, je größer die Familie ist.

Rednerin beantragt die Nichtzuweisung der Vorlage. Der Antrag wird jedoch mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt und der Entwurf dem landwirtschaftlichen und dem Budgetausschusse zugeteilt.

Obmännertkonferenz im Senate.

Ueber die Getreidezölle wird gepöckelt. — Die Christlichsozialen wollen sich drücken.

In der Obmännertkonferenz des Senates, die der Hausführung vorausging, sollte die Redezeit für die Debatte über die Zölle festgesetzt werden. Es stellte sich heraus, daß im ganzen 19 Redner mit einer Redezeit von ungefähr 18 Stunden angemeldet sind. Die Senatoren Dr. Brabec (Nat.-Dem.) und Hilgenreiner (b. Chr.-Soz.) sprachen sich dafür aus, daß zwar die Debatte beginnen, jedoch so lange nicht abgeschlossen und zur Abstimmung geschritten werden sollte, solange die schwebenden Verhandlungen über eine Abänderung des Antrages Donat nicht zu Ende geführt sind. Aus den Ausführungen ging hervor, daß die Abgeordneten Dr. Hódza (tschech. Agr.) und Dvotakel (Nat.-Dem.) in der Richtung verhandeln, daß der Koeffizient für gewisse Artikel von sechs auf irgend eine geringere Ziffer herabgesetzt werde.

Genosse Dr. Heller verwies darauf, daß gerade die Parteien, welchen seine Vordrucker angehören, für die Dringlichkeit des Antrages Donat und in beiden Ausschüssen für den Antrag selbst gestimmt haben, welcher den sechsfachen Koeffizienten festsetzt. Es scheint, daß diese Parteien

Angst vor der eigenen Courage

bekommen und nun ihren früheren Standpunkt gerne verlassen möchten. Im übrigen verlangt er volle Redefreiheit, welche gerade bei diesem wichtigen Anlaß nicht gekürzt werden darf. Ihm schließen sich die Senatoren Dr. Klouda (tschech. Soz.), Dr. Soukup (tschech. Soz.-Dem.) und Štáhal (Komm.) an, während die tschechischen und slowakischen Merkmalen gleichfalls dafür plädieren, mit der Abstimmung auszusuchen, bis die Verhandlungen beendet sind. Senator Donat (tsch. Agr.) verlangt, daß auf normalem Wege verhandelt und abgestimmt werde. Sen. Lufsch (b. Agr.) hält überhaupt jede Debatte überflüssig. (Wozu auch viel debattieren, die Konjumenten sollen zahlen!)

Der Vorsitzende verkündete hierauf, daß die Redezeit nicht eingeschränkt werden, und daß Dienstag und Mittwoch die Debatte abgeführt werden solle.

Die tschechischen Lehrer gegen den Faschismus.

Samstag und Sonntag fand in Prag eine Beratung der größten tschechischen Lehrerorganisation statt, in der auch eine pol. tschech. Debatte abgeführt wurde. In einer zur Annahme gelangten Entschliessung wurden die faschistischen Bestrebungen verurteilt. In der Resolution wird gesagt: Die Beherrschung steht ohne Einschränkung hinter den Prinzipien der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Demokratie, der wirtschaftlichen, kulturellen und prinzipiell sozialistischen Humanität. Sie glaubt und ist überzeugt, daß nur die Demokratie das Volk, durch das Volk für das Volk möglich und dauernd ist in einem Staate, der im Kampfe gegen den Absolutismus und Monarchismus geboren wurde. Der erweiterte Ausschuss des Landeszentralvereines wendet sich an alle seine Mitglieder mit der Aufforderung, ständig und andauernd das Vertrauen in die Demokratie und in die demokratischen Grundzüge der Nation zu verbreiten und auf die Gefahren hinzuweisen, welche aus abenteuerrischen Gedanken und den Folgezügen der sogenannten faschistischen Bewegung drohen, einer Bewegung die den Nationalismus mißbraucht und im Grunde genommen nichts anderes ist als der verwerfene Versuch der Verwirklichung der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Reaktion. Die Mitgliedschaft eines Lehrers in der faschistischen Bewegung ist vom organisatorischen Standpunkt auf keinen Fall zulässig. Diese Resolution macht den tschechischen Lehrern, die sich mutig und offen gegen die Reaktion stellen, alle Ehre.

Prag, 18. Mai. Die Staatsangestelltenvorlage ist in langen Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Gewerkschaftsorganisationen und der Staatsangestellten-Sektas doch wieder ein Stück vorwärts gekommen, so daß sich nach langer Pause heute wieder der sozialpolitische Ausschuss mit der Vorlage befassen konnte. Weit eiliger hat es aber die Regierung, wenn es gilt, die Bedeckung für die Vorlage sicherzustellen. Als seinerzeit die ersten Meldungen ausliefen, daß man zu diesem Zwecke auch eine erhebliche Verteuerung des Zuckers plane, hat man die Öffentlichkeit mit dem Hinweis zu beruhigen versucht, daß es sich hierbei „nur“ um eine Verteuerung von etwa 40 Hellern pro Kilogramm handeln werde. Der heute dem Abgeordnetenhause vorgelegte

Regierungsentwurf über die Zuckersteuer

sieht aber eine Verteuerung des Zuckers um nicht weniger als 60 Heller pro Kilogramm vor. Nicht weniger als 200 Millionen Kronen will die Regierung auf diese Weise aus den Massen der Bevölkerung herauspressen.

Zu der geplanten Verteuerung von Brot und Mehl durch die Einführung der Zölle reißt sich würdig die Verteuerung des Zuckers. Daß dabei der ärmste Arbeiter oder Arbeitslose genau so viel zur Erhöhung der staatlichen Einnahmen beitragen soll wie der Millionär, zeugt sicher von dem tief eingetour-ekten „demokratischen“ Geist, der die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung beherrscht. Wenn die Bedeckung fehlt, wird eben eine neue Steuer oder Steuererhöhung auf den Massenkonsum gelegt; ob dies die breiten Massen der Bevölkerung aushalten, darnach wird nicht gefragt. Dazu hätten wir eine solche Finanzkapazität, als die der Finanzminister Dr. Engliš allgemein gilt, wahrhaft nicht gebraucht, das hätte jeder andere auch getroffen.

Nach dem Regierungsentwurf sollen nunmehr auf jeden Zentner Zucker nicht weniger als 184 Kronen an Steuern

lasten. Bisher betrug die Zuckersteuer 54 Kronen; hiezu kam ein zwischen der Regierung und den Zuckerproduzenten vereinbarter weiterer staatlicher Zuschlag von 70 Kronen, so daß die Belastung 124 Kronen pro Zentner betrug. Nun schneit diese Belastung gleich um 60 Kronen pro Zentner empor; alle im Motivenbericht angeführten Berechnungen, daß diese Verteuerung im Verhältnis zur Vorkriegszeit eigentlich noch zu wenig ist und die Zuckersteuer eigentlich valorisiert 342 Kronen betragen müßte, vermögen nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß eine derartige Verteuerung eines der wichtigsten Lebensmittel für die Bevölkerung in der jetzigen Krisenzeit unerträglich ist.

Weiter legte die Regierung einen Gesetzentwurf über die

Erhöhung der Spiritussteuer

vor; demnach soll die Erzeugungsabgabe von 10 auf 15 Kronen und die Verbrauchsabgabe von 12.20 auf gleichfalls 15 Kronen pro Hektolitergrad Alkohol erhöht werden. Die weitere Abgabe von 8 Kronen, die bisher von der Spiritusverwertungsgesellschaft gezahlt wurde, wird ab 1. September 1928 ebenfalls in das Steuerausmaß eingerechnet. Zugleich mit diesen Abgaben ist eine weitere Abgabe von zwei Kronen pro Hektolitergrad Alkohol zugunsten des Landes, beziehungsweise des Gaues zu entrichten. Die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes befassen sich dann mit den Vorschriften über die nachträgliche Verteuerung. Durch die Vorlage soll der Verkaufspreis ungefähr um 180 Kronen pro Hektoliter Alkohol, und zwar von 3510 auf 3690 Kronen erhöht werden.

Ein dritter Gesetzentwurf betrifft die

„Regelung des Budgets der Militärverwaltung“.

Stführung hat seinerzeit als Verteidigungsminister den Plan ausgearbeitet, für Investitionszwecke der Militärverwaltung eine Million an neue Aufzukommen, die innerhalb elf Jahren geteilt werden sollte. Der entschiedene Widerstand, den diese Pläne Stführns seinerzeit fanden, und wahrscheinlich auch die Unmöglichkeit, für Rüstungszwecke eine Anleihe aufzutreiben, hat das Ministerium zu einer Umarbeitung dieses Gesetzentwurfes veranlaßt, durch die es allerdings nicht besser wird. Stolz wird im ersten Paragraphen der staunenden Minwelt in lafonischer Kürze verkündet, daß das Budget der Militärverwaltung in den Ausgaben für 1926 um 360 Millionen verringert werden soll. Der Pferdeschulz folgt aber sogleich im nächstfolgenden Paragraphen: demnach soll gleichzeitig ein „Fonds“ für die sachlichen Bedürfnisse der Nationalverteidigung“ errichtet werden, der in den nächsten elf Jahren alljährlich aus den Mitteln des Budgets mit 315 Millionen dotiert werden soll. Dieser Fonds soll zur Beschaffung von militärischem Material und für „notwendige“ militärische Bauten verwendet werden. Ueber die Verwendung entscheidet das Verteidigungsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium. Auf den ersten Blick erscheint es, als ob doch eine Ersparnis von 45 Millionen erzielt würde. Der Wert dieser Ersparnis erscheint aber sofort sehr problematisch, wenn man bedenkt, daß die alljährliche Forderung dieses Fonds mit 315 Millionen für elf Jahre festgelegt ist. Es ist bekannt, daß das Verteidigungsministerium von der allgemeinen Restriktion der Staatsausgaben bisher so gut wie gar

nicht betroffen wurde. Diesem unhaltbaren Zustand hätte aber bald ein Ende gemacht werden müssen, und so entschloß sich das Verteidigungsministerium aufseiner freiwillig zu einem verschwindend kleinen Abbau seiner Ausgaben, um sich dafür gleich für elf Jahre einen entsprechend hohen Betrag für neue Rüstungen zu sichern. Mag der Finanzminister in den kommenden Budgetjahren die unvermeidlichen Abstriche am Budget jetzt machen wo er will, das Rüstungsbudget des Verteidigungsministeriums muß er elf Jahre hindurch unangetafst lassen. Das scheinbare Zugeständnis, daß außer diesen 315 Millionen das Budget des Verteidigungsministeriums in dieser Zeit nicht 1400 Millionen übersteigen soll, ist nicht viel wert, denn auch dann entspricht die Restriktion des Militärbudgets nicht annähernd dem des Budgets der übrigen Ministerien. Der Gesetzentwurf will das Militärbudget vor den größeren für die Zukunft unvermeidlichen Abstrichen schützen und muß daher aufs entschiedenste bekämpft werden. Bezeichnend ist auch die Bestimmung, daß der Fonds „durch Spenden, Legate, Sammlungen und so weiter vergrößert“ werden kann. In Zukunft wird also der wolleidende Militarismus direkt an die Willkür der Öffentlichkeit appellieren können. Wir zweifeln nicht, daß sich nun Stammtischgesellschaften finden werden, die dem armen Nationalverteidigungsministerium eine Kanone kaufen und dafür ein Ehren Diplom bekommen werden.

Die Staatsbeamtenvorlage im sozialpolitischen Ausschuss.

Die alte Koalitionsmaaschine wieder in Tätigkeit.

Gestern verhandelte der sozialpolitische Ausschuss vormittags sowie abends nach der Plenarsitzung des Hauses über die Staatsbeamtenvorlagen, über die mittlerweile innerhalb der alten Koalition eine teilweise Einigung erzielt wurde. Der Kongruenzparagraph ist allerdings nach wie vor ungelöst.

Der Berichterstatter Maliz führt aus, daß in der langen Pause, an der der Ausschuss ungeschuldig sei, mit der Regierung verhandelt und neue Änderungen erzielt worden seien, die eine wesentliche Verbesserung darstellen. Gen. Taub wehrte sich bei dieser Gelegenheit gegen den beabsichtigten sofortigen Uebergang zur Spezialdebatte und verlangte vom Berichterstatter vorher Aufklärung darüber, worin diese angekündigten Änderungen bestünden; für den Ausschuss könne nicht maßgebend sein, was inoffiziell in der Koalition ausgehandelt wurde. Der Referent antwortete darauf ausweichend, daß er die angeblichen Verbesserungen in der Spezialdebatte bei der Verhandlung der einzelnen Paragraphen bekanntgeben werde.

Darauf ging die Ausschussmehrheit, die sich aus der alten Koalitionsmehrheit zusammensetzte, rücksichtslos in die Spezialdebatte ein. Genosse Taub und Grünzner überreichten zu jedem einzelnen Paragraphen Abänderungsanträge, die sie ausführlich begründeten;

Der Reigen dieser Gesetzentwürfe wird würdig beschlossen durch ein

Gesetz über den Staatsbeitrag zur Alters-Armenunterstützung.

womit offenbar die schon lange geforderte Sicherstellung der mehr als 65jährigen erreicht werden soll. Darnach können aus staatlichen Mitteln Beiträge zur Armenunterstützung an alte, erwerbsunfähige Personen über 65 Jahre erteilt werden. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht. Voraussetzung für die staatliche Unterstützung ist, daß der Unterstützte in der Armenpflege seiner Heimatgemeinde steht; sie beträgt ebensoviele wie die Leistungen dieser Armenpflege, kann aber diesen Betrag auf höchstens 500 Kronen jährlich ergänzen. Trinker und arbeitsfähige Leute sowie zum Verlust des Wahlrechts Verurteilte erhalten überhaupt nichts. Also kann ein armer, abgeschundener, arbeitsunfähiger Mensch mit 65 Jahren an den waise höchstens fünf hundert Kronen — jährlich! — von seiner Heimatgemeinde und dem Staat zusammen als Altersunterstützung erhalten. Wenn er das Kunststück nicht zusammenbringt, von 500 K jährlich zu leben, dann kann er ruhig verhungern.

Nichts kann über den wahren Charakter der jetzigen Regierung besser Aufschluß geben, als dieses Aleeblatt von Gesetzen, das die Regierung heute vorgelegt hat: zwei große Verbrauchssteuern auf den Massenkonsum, ein Gesetz, das dem Militarismus auf eine lange Reihe von Jahren hinaus die volle Befriedigung seiner Ansprüche sichert, und zur würdigen Krönung ein „soziales“ Gesetz, das alten, arbeitsunfähigen Leuten einen wahren Bittel als Altersversorgung zu bieten sich getraut. Auf diese Vorlagen kann Herr Ceruz und mit ihm die ganze Republik wirklich stolz sein!

zugleich übten sie scharfe Kritik an dem Verhalten der Mehrheit, die seinerzeit die Vorlage unannehmbar fand und jetzt doch so ziemlich unverändert annehmen will. Die Spezialdebatte kam bis zum Paragraph 12, ohne daß bis dahin der Berichterstatter auch nur eine von den angeblich wesentlichen Änderungen genannt hätte. Die Koalition, die wieder in Erscheinung trat, begnügte sich vielmehr auf Grund von Abmachungen mit der Regierung mit gewissen Interpretationen, die seitens der Regierungsvertreter zu den einzelnen Paragraphen, namentlich über die Systemisierung und die automatische Vorrückung gemacht wurden, und lehnte alle anderen Verbesserungsanträge ohne viel Federlesens einfach ab.

In der Fortsetzung der Debatte nach der Plenarsitzung des Hauses setzte sich Genosse Taub namentlich für die Erhaltung der Erziehungsbeiträge (§ 13) ein und forderte die Weiterbellassung dieser sozialen Zulagen. Genosse Grünzner verlangte die Streichung des § 21 über die Systemisierung der Dienstposten für Angestellte, weil dieser Paragraph dem Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit widerspreche, doch wurde auch dieser Paragraph mit einer kleinen Änderung genehmigt. Schließlich wurde beim § 25 die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagt, die heute, Mittwoch, um 9 Uhr vormittags stattfindet.

Die Plenarsitzung.

Hauserien zwischen Kommunisten und tschechischen Sozialdemokraten.

Prag, 18. Mai. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses hatte eine mehr als spärliche Tagesordnung. Außer Immunitätsfällen und der zweiten Lesung des japanischen Handelsvertrages stand einzig die Mündelsicherheit der Schuldverschreibungen der ostböhmischen Elektrizitätsgesellschaft zur Debatte. Nach den Berichterstatter beschwerte sich der Kommunist Japotocky darüber, daß das Parlament sich mit den großen innen- und außenpolitischen Angelegenheiten nicht befasse und nur so belanglose Sachen verhandeln könne, statt daß über die außenpolitischen Fragen, die faschistischen Antriebe der tschechischen Generalität und die 33prozentige Erhöhung der Eisenbahntarife gesprochen werde. Er wird vom Vorsitzenden zur Sache und kurz darauf zur Ordnung gerufen und wendet sich nun zur Besprechung der kürzlich ausgehenden großen Unregelmäßigkeiten beim Bau des Elektrizitätswerkes in Seestadt zu. Als er einige konkrete Fälle anführt und die vor der Ministerbank angeammelten Kommunisten anscheinend einzelne tschechische Sozialdemokraten mitverantwortlich machen wollte, kommt es zwischen beiden Gruppen zu scharfen Wortgefechten, die in Tätlichkeiten ausarten. Besonders der Kommunist Mikulicek und der tschechische Sozialdemokrat Chalupny ereifern sich so, daß besonnenere Elemente viel Mühe haben, um sie auseinanderzubringen. Hierauf setzt sich der tschechische Sozialdemokrat Svoboda für die systematische Elektrifizierung ein und beschäftigt sich namentlich mit dem diesbezüglichen Budget des Landes Mahren, das er scharf kritisiert. Die Vorlage wird hierauf nach kurzer Debatte genehmigt und der japanische Handelsvertrag in zweiter Lesung angenommen sowie der Oberlandesgerichtsrat Dr. Fudec als Erbschaftsmann in den Wahlgerichtshof gewählt. Nach Ab-

weisung einiger Gesetze um Auslieferung von Abgeordneten zur gerichtlichen Verfolgung wird eine zweite formelle Sitzung mit dem Rest der auf der Tagesordnung stehenden Immunitätsfälle abgehalten, um sofort die Zuweisung der oben erwähnten Regierungsvorlagen an die Ausschüsse vornehmen zu können. Ferner wird ein Antrag Tomásek-Franke angenommen, daß der Finanz- und Eisenbahnminister in der nächsten Sitzung sich über die Staatsbeamtenvorlage und die Fahrpreiserhöhung äußere. Einigen anderen Interpellationen wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 26. um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen wiederum nur Vorlagen von untergeordneter Bedeutung.

Gajda ist unschuldig . . .

Prag, 18. Mai. Die Pressenabteilung des Verteidigungsministeriums verlautbart:

Da in der Öffentlichkeit ständig darüber gesprochen wird, daß General Gajda an Organisationen beteiligt ist, die regierungsfremde Tendenzen verfolgen, teilt das Ministerium für Nationalverteidigung mit, daß General Gajda, der sich nach den militärischen Vorschriften selbst mit einer Aufklärung nicht an die Öffentlichkeit wenden kann, sofort, als die ersten solchen Nachrichten auftauchen, dem Minister für Nationalverteidigung General Štrobh Meldung erstattet, in der er „im Interesse des Dienstes meldet, daß er in keiner politischen Partei oder Organisation sei und sein werde, und daß er selbstverständlich welchen politischen Tendenzen immer ferne stehe welche gegen die Gesetze der Republik gerichtet wären, und daß er sich der grundlegenden Interessen der Armee, d. i. der militärischen Disziplin und der Verantwortung vor dem Minister voll bewußt sei.“ Am Schluß erwähnt General Gajda, der Minister möge ihn vor unüberlegten Angriffen unrichtig informierter Kreise in Schutz nehmen.

Nationalsozialistische Gewissens-erforschung.

Das Referat Pabels auf dem Schönberger Parteitag.

Der Parteitag der Hakenkreuzler ist unter einem unglücklichen Stern zusammengetreten. Die aktuellen politischen Ereignisse zwangen den Berichterstatler Pabel, doch von Dingen zu reden, die von den „Arbeitervertretern“ mit dem Hakenkreuz sonst lieber übergegangen werden.

Der Abgeordnete Pabel begann mit dem selbigen entschlafenen deutsch-parlamentarischen Verbond, was er über die Ablehnung der Einheitsfront verriet, bringt nichts Neues. Er meint lediglich, daß es für die Nationalsozialisten besser gewesen wäre, überhaupt nicht zu verhandeln, sondern von allem Anfang an die Einheitsfront abzulehnen. Neu ist dagegen die endlich gefundene Motivierung für die Ablehnung dieser Einheitsfront gegenüber dem deutschen Bürgertum. Denn die Hakenkreuzler legen nicht nur Wert darauf, den Arbeitern sagen zu können, daß sie keine Gemeinschaft mit der Bourgeoisie pflegen, sie wollen auch von den Bürgerlichen nicht als Verräter an der Einheitsfront der kapitalistischen Parteien angesehen werden. Pabel hat es herausgefunden, warum sie damals die Einheitsfront ablehnen mußten. Durch den Entschluß der Hakenkreuzler wurde nämlich die Ausschiffung der Deutschdemokraten aus dem politischen Leben eingeleitet und somit war ihre Tat von revolutionärer Bedeutung, sie reinigte die subdeutsche Politik vom jüdischen Einfluß, was ihr, wie alles folgende zeigt, zu großem Nutzen gereichte. So vor allem führte die Entwicklung zum deutschen Verbond, der nur von den „berjudeten“ Deutschnationalen bekämpft wird. Der deutsche Verbond hat nach Pabel „keine politische Aktivität durch eine Reihe von Tathandlungen bewiesen.“ Die Tathandlungen selbst übergeht Pabel sehr rasch, er merkt, daß im Brennpunkt des Interesses schließlich doch jene Tathandlung steht, die der Deutsche Verbond in den letzten Wochen geleistet hat und die den Nationalsozialisten einige Verlegenheit bereitet.

Pabel geht um die Zollfrage herum, wie die Sache um den heißen Brei. Zunächst haben die Nationalsozialisten die kommenden Schwierigkeiten vorausgesehen. Sie wußten also, in wessen Kellwasser ihr Schifflein segelte, als sie mit den Agrariern den Verbond gründeten. Dann seien sie auch die letzten, die sich gegen die Vertretung wirtschaftlicher Interessen wenden. Aber es sei die Frage, ob hier nicht ein Politikum vorliege. Und da kann selbst Pabel nicht umhin — —:

Nun kann jede wirtschaftliche Frage nationalpolitische Bedeutung gewinnen. Bei der Getreidezollfrage war dies bestimmt dadurch der Fall, daß die tschechischen Agrarier den Versuch unternahmen, mit Hilfe ihrer deutschen Standesgenossen die Wirtschaftsführung des Staates in die Hand zu nehmen und daß zur Überwindung einer staatspolitischen Verlegenheit der Ausweg einer vorübergehenden tschechisch-deutschen Kräftegruppierung gesucht wurde. Unsere Vertreter bemühten sich von vornherein, dahin zu wirken, daß der ganze deutsche Verbond kühle Zurückhaltung beobachte. Wir fanden auch anfangs für diese Anschauung Verständnis. Nachdem aber die Landbändler und Christlichsozialen im Senat einmal für den tschechisch-agrarischen Antrag gestimmt hatten, der übrigens kein Regierungsantrag war, sondern ein Initiativantrag, war es nicht mehr möglich, die Sache zu einer Verhandlungsangelegenheit zu machen, weil das für unsere Partei den Zwang bedeutete hätte, der Einführung der tschechischen Getreidezölle im Verordnungswege zuzustimmen.

Kühle Zurückhaltung ist also das Stärkste, was die nationalsozialistische Arbeiterpartei der schamlosen Zollforderung entgegenzusetzen möchte. Da sind die Agrarier schon feuriger. Sie lassen sich nicht in die kühle Zurückhaltung drängen und gehen mit Eifer ins Zeug, bevor noch der Verbond im Reich der Hakenkreuzer beschlossen hat, eisiges Schweigen walten zu lassen. Nun da das Unheil einmal geschehen war, blieb also nur den Nationalsozialisten übrig, kühle Zurückhaltung zu üben und den Verbond getrennt marschieren zu lassen. Die Vertreter der Wucherzölle leben sich mit allem Eifer für ihre wirtschaftlichen Interessen ein, während die „Arbeitervertreter“ sich kühl beherrschen. Diese Selbstbeherrschung im Kampfe gegen die Feinde der Arbeiter haben wir an den Hakenkreuzlern übrigens seit je bewundert und sie sagt uns nichts Neues. Pabel trötfelt sich aber über alle Eventualitäten mit der solonischen Erkenntnis, daß sich die politischen Entwicklungen selten so einfach und schmerzlos vollziehen. Was die viel verschlungenen Wege völkischer Politik betrifft, hat Pabel da sicher recht: die waren seit je alles andere als schnurgerade!

Trotz alledem wäre es ein „Reichen von Unfähigkeit“, den Verbond eingehen zu lassen. Vom Standpunkt eines Schutzöllners aus ist das durchaus begreiflich. Ein Verbond, der sich so trefflich als Garde des Kapitalismus bewährt hat, der muß gehet und gepflegt werden. Pabel will den Verbond in den Dienst der Bekämpfung der „politischen und wirtschaftlichen Ueberwucherung deutschen Volkstums durch das Judentum stellen.“ Das ist ohne Zweifel ein überaus löblicher Voratz, der besonders aktuell sein wird, wenn erst die wirtschaftliche Auswucherung des deutschen Volkes durch die Agrararzen in Wirkung treten wird. Daß Pabel für diese Zeit schon verbaut und dem Wucher, den er durch seine noch so kühle Zurückhaltung nicht eindämmen kann, doch eine ferne Grenze zu setzen, wird allen Arbeiterfamilien ein Trost sein, die nicht wissen, woher die 1700 Kronen nehmen, die sie die Agrararzen kosten werden.

Schließlich versichert Pabel noch, daß es verfehlt wäre, alle Hoffnungen auf eine parlamentarische deutsche Einheitsfront zu setzen. Auch das leuchtet jedem ein, der von der agrarisch-christlich-sozial-hakenkreuzlerischen Teileinheitsfront und ihrer Zollpolitik gerade genug hat.

Seinen Freunden auf dem Parteitag konnte Pabel diesen Kohl vorkochen. Ob er vor den Arbeitern damit bestehen wird ist eine andere Frage. Der Referent fühlte sehr gut, daß er nicht

im Namen selbst jener verblendeten Arbeiter spricht, die sich unter dem Hakenkreuz sammeln. Er weiß, daß die Zollpolitik seiner Partei den Interessen ihrer Mitglieder zuwiderläuft. Darum vermeidet er jedes Bekenntnis, aber wir werden ihm die Auseinandersetzung vor einem größeren Forum nicht schenken. Wir werden die Herren schon aus der kühlen Zurückhaltung herauslocken und sie zu einem Bekenntnis zwingen, das sie im Grunde gern bewahren möchten!

An die Bergarbeiter der Tschechoslowakei!

Für die streikenden Bergarbeiter Englands!

Unsere englischen Kameraden haben die Zustimmung der Unternehmer und Regierung, die Kohlenpreise durch Abbau der Löhne und Verlangung der Arbeitszeit zu sanieren, einmütig abgelehnt und wurden am 1. Mai 1926 ausgesperrt. Circa 3 Millionen Arbeiter Englands haben die Aussperrung der Bergarbeiter mit einem Sympathiestreik beantwortet, der am 12. Mai abgebrochen wurde, nachdem die Grundlage für die Verhandlungen zur Regelung der strittigen Fragen im englischen Bergbau erzielt war.

Die Konferenz der englischen Bergarbeiter vom 14. Mai 1926 hat beschlossen, den Kampf bis zur vollständigen Beendigung dieser Verhandlungen weiterzuführen, weil nach ihrer Ansicht die durch den Generallstreik erzielten Verhandlungsgrundlagen die Möglichkeit offen lassen, daß Lohnreduktionen in einzelnen Gebieten, wenn auch nicht augenblicklich, so doch erfolgen könnten. Dieser Beschluß der englischen Bergarbeiter ist für die koalitierten Bergarbeiterverbände als Mitglieder des Internationalen Bergarbeiterverbandes bindend und maßgebend, so daß für die Mitglieder der koalitierten Bergarbeiterverbände die unten angeführten Beschlüsse der Bergarbeiterinternationale voll gelten.

Die Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik begleiten den Kampf der englischen Bergarbeiter mit größter Spannung und Sympathie, sie haben das größte Interesse, daß die englischen Bergarbeiter in ihrem Kampfe siegreich bestehen und daher die profetarische Pflicht, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um ihnen zu helfen.

Die Bergarbeiter-Internationale hat durch ihre Beschlüsse vom 16. April in Brüssel und vom 9. Mai in Ostende einmütig die volle Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zum Ausdruck gebracht und beschlossen, daß alles geschehen muß, um jeden Kohlentransport nach England zu verhindern und die Kämpfenden in England ausgiebig und so rasch als möglich zu unterstützen. Eine gemeinsame Sitzung der Bergarbeiterinternationale und der Transportarbeiter-Internationale hat am 10. Mai 1926 in Ostende die gleichen Beschlüsse gefaßt.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände, die Mitglieder der Bergarbeiterinternationale sind, haben durch ihre Beschlüsse vom 4. und 5. Mai 1926 jene Maßnahmen getroffen, die zur Durchführung des Brüsseler Beschlusses notwendig sind, desgleichen hat eine gemeinsame Beratung der koalitierten Bergarbeiterverbände und der tschechoslowakischen Eisenbahnerorganisationen am 6. Mai denselben Zweck gebietet.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben aus ihren eigenen Mitteln zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter 1000 englische Pfund angewiesen. Die Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 13. Mai 1926 hat überdies beschlossen, die Bergarbeiter anzusprechen, unterzüglich auf allen Gruben, in allen Ortsgruppen Sammlungen zu Gunsten der englischen Bergarbeiter durchzuführen.

Mit Rücksicht auf die schwierige Situation unserer Mitglieder wird an die Abgabe einer einheitlichen Steuer nicht gedacht, sondern Grundsat: jeder gebe so viel, als er entbehren kann und der volle Schichten verfährt, gebe wenigstens den Lohn von zwei Stunden wöchentlich.

Sammelkassen werden nicht herausgegeben. Zur Entgegennahme von Sammelgeldern sind die Betriebsräte der koalitierten Bergarbeiterverbände und die Funktionäre, Kassiere und Obmänner der Ortsgruppen der koalitierten Bergarbeiterverbände berechtigt. Die gesammelten Beträge werden in den Fachblättern der koalitierten Bergarbeiterverbände ausgewiesen.

Wichtig ist, daß die Sammelaktion sofort durchgeführt wird und daß die eingesammelten Gelder keine Stunde bei einem Funktionär liegen bleiben, sondern sofort an das nächste Sekretariat entweder des Swaz horniku, der Union der Bergarbeiter oder des Struzeni horniku v. Ol. republik gegen Empfangsbestätigung abgeführt werden.

Prag, am 18. Mai 1926.

Für die koalitierten Bergarbeiterverbände in der Tschechoslowakischen Republik.

Fischer, Brozik, Jarosim, Draxl, Pudil, Pohl.

Bethlens Einvernahme.

Schwere Beschuldigungen durch Sir. — Bethlen lehnt jede Schuld ab.

Budapest, 18. Mai. (Frankfurterprozeß.) Der Zeuge Graf Emerich Karolyi hat keine unmittelbare Kenntnis über die Frankensfälschungen. Seine Wissenschaft schöpft er aus einer zusammenfassenden Darstellung der Fälschungsaffäre. Diese Darstellung wurde ihm mit dem Ersuchen übergeben, sie ausschließlich dem Reichsverweser oder dem Grafen Albert Apponyi und dem Grafen Johann Zichy mitzuteilen, doch dürfe er davon vor Behörden keinen Gebrauch machen.

Der Gerichtshof begibt sich sodann ins Rochus-Spital, wo in Anwesenheit der vier Hauptangeklagten, der ganzen Verteidigung und zahlreichen Journalisten der krank darniederliegende Abgeordnete Georg Sir als Zeuge einvernommen wird. Mit schwacher Stimme gibt Sir auf die Fragen des Gerichtspräsidenten zögernd seine Antworten, aus denen nur schwer ein zusammenhängendes Bild konstruiert werden kann.

Er gab an, im August 1923 mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen eine Begegnung gehabt und mit ihm über die Geldfälschung gesprochen zu haben. Er habe von ihm die schriftliche Zustimmung erhalten, daß der Ministerpräsident für irredentistische Zwecke, über die er schon früher mit ihm gesprochen habe, seine Zustimmung gebe. Einige Tage später habe ihm der Ministerpräsident durch seinen Boten einen Brief geschickt, worin seine Zustimmung enthalten war. Das Dokument, das keine Adresse trug, habe er an Windischgräß weitergeleitet, während er das Rubert behielt. Trotz der eindringlichen Fragen des Gerichtspräsidenten ist aus Sir keine klare Antwort herauszubringen, was in dem Dokument stand. Er wiederholt bloß, daß der Ministerpräsident seine Zustimmung zur Herstellung von Schriften für Propagandazwecke gegeben habe. Der Brief des Ministerpräsidenten sei von Meszaros in eine fremde Sprache übersetzt worden. Zur materiellen Unterstützung der Frankensfälschung habe sich Windischgräß an Bethlen gewendet, der hierfür eine Milliarde in Aussicht stellte. Der Prinz Meszaros und Zeuge seien nach Deutschland gereist, wo u. a. eine Papierfabrik angekauft wurde, an der auch Zeuge als Aktionär beteiligt war. Windischgräß habe ihn gebeten, mit Gömbös

eine Verbindung herzustellen, doch habe er dies nicht getan.

Um 4 Uhr nachmittag wurde die Verhandlung fortgesetzt. Nach unwesentlichen Ausfagen des Grafen Teleki wird

Graf Bethlen

als Zeuge einvernommen. Bethlen erklärt, er habe im Jahre 1923 durch Teleki von den Frankensfälschungen erfahren. Windischgräß wandte sich damals an mich mit dem Antrag, alle patriotischen Organisationen unter ein Kommando zusammenzufassen und überreichte ein diesbezügliches Memorandum. Mir gefiel der Plan nicht. Wenn wir übrigens mit einem fremden Staat in Konflikt geraten, bedürfen wir seiner Organisation, sondern einer Armee. Ich ließ Radossy kommen und teilte ihm Windischgräß' Pläne mit. Während dieses Gespräches kam Teleki, der von mir mit der Kontrollierung der patriotischen Propaganda beauftragt war. Er teilte mir mit, daß Windischgräß ausländisches Geld fälsche. Ich sprang erregt auf und gebrauchte über Windischgräß Ausdrücke, die ich hier gar nicht wiederholen kann. Teleki sagte, ich solle mich nicht aufregen, denn er habe sich davon überzeugt, daß die Aktion undurchführbar sei. Ich gab Radossy den Auftrag, die Durchführung des Planes zu bereitlein. Ich erkläre auf das entschiedenste, daß ich diese Aktion nicht gedeckt oder gebilligt habe, weder mündlich noch schriftlich. Ueberdies gab er Radossy den Auftrag, der Sache nachzugehen, und wenn wirklich ein solcher Versuch gemacht würde, die Aktion zu vereiteln und ihm nach seiner Rückkehr aus Genf Bericht zu erstatten. Bethlen erklärt energisch, daß er niemandem einen Freibrief gegeben habe. Es werde sich sofort herausstellen, daß es sich um eine Manipulation handelt. Es sei auch nicht wahr, daß das Ministerpräsidium ein Drittel der Raution für Meszaros erlegt habe. Er habe verfügt, daß in der Angelegenheit Meszaros jede Intervention zu vermeiden sei.

Was das angebliche Gespräch über die Frankensfälschungen betrifft, das zwischen mir und Georg Sir in Balatonföldvár stattgefunden haben soll, so ist festzustellen, daß Sir damals bei mir als Vermittler in der Angelegenheit einer Guld-pachtung erschien. Sir sei ein Mann von primitiver Bildung, ein Abenteuer-

Devienturle.

Prager Kurse am 18. Mai.

Ware	Preis	Wart
100 holländische Gulden	1360.50	1366.50
100 Reichsmark	803.25	807.25
100 belgische Francs	98.80	98.20
100 Schweizer Francs	653.	656.
1 Pfund Sterling	164.20	165.20
100 Lire	122.30	123.70
1 Dollar	33.70	34.
100 französische Francs	98.55	99.95
100 Dinar	58.42.50	58.92.50
10.000 ungarische Kronen	4.68.87	4.78.87
100 polnische Zloty	802.	808.
100 Escudo	478.50	479.50

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag.

Prag, 11.30, 12.14, 18.15, 20, 22 Nachrichten, 18.30 Konzert, 18. Deutsche Sendung Frau Elise Schauer-Arnold: Deklamation, Gedichte von Theodor Fontane, 20.02 Konzertübertragung aus dem Radio-Palast am Weinberg. — Brünn, 14.30, 18 Nachrichten, 18.20 Vortrag, 19 Orchesterkonzert, 20 Proben aus den Werken Gustav Meynars, 20.30 Russische Lieder und Arien. — Wien, 11 Vormittagsmusik, 16.15 Nachmittagskonzert, 18.25 Die internationale Arbeitsorganisation des Völkerverbundes in Genf, 20.15 Bläserkammermusik. — Berlin, 17 Konzert, 20 „Die Bedeutung ausreichender Freizeit für Gesundheit und den kulturellen Aufstieg eines Volkes“, 20.30 Sendespiele „Minna von Barnhelm“, Lustspiel von Lessing. — Leipzig, 15.35 „Umsang und Ursachen der Straffälligkeit der Jugend“, 16.30 u. 17.30 Konzerte, 19.30 „Die Sprache der ersten Menschen“. — Breslau, 16.30 Verdi-Nachmittag.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 520, Zürich 515

er, der sich auch während des westungarischen Aufstandes Unregelmäßigkeiten in der Geldgebung zuschulden kommen ließ. „Wie konnte dieser Mann“, sagte Bethlen, „zwischen mir, Windischgräß und Radossy vermitteln, da ich doch diesen beiden viel näher stand als ihm? Auf eine Frage eines Verteidigers erklärt Bethlen, niemand habe von ihm einen Freibrief verlangt.

Schwere Niederlage der Spanier.

Die französischen Operationen eingeleitet.

Tanger, 18. Mai. (Neuter.) Aus dem Sektor von Alhucemas werden heftige Kämpfe mit den Rif-Nahylen gemeldet. Bei Rio Marti (etwa 12 Kilometer von Tetuan entfernt) wurden mehr als 100 Soldaten der spanischen Fremdenlegion getötet. Eine mehr als 300 Mann zählende Kompanie einer Fremdenlegion geriet in einen Bergpaß, wurde umzingelt und zum Teil getötet, der Rest wurde gefangen genommen.

Wie „Petit Parisien“ aus Rabat meldet, wurden von Seite Frankreichs die militärischen Operationen im Verlaufe der letzten Tage wegen der schwülen und regnerischen Witterung eingestellt.

Anaufhalt'amer Frankfurter.

Neue Maßnahmen gegen den Zusammenbruch des Franken.

Paris, 18. Mai. Im Laufe des Nachmittags entstand an der Börse eine Panik. Ministerpräsident Briand berief darauf dringende eine Konferenz ins Rathaus ein, zu der der Direktor der Banque de France, Robineau, Baron Rothschild, zwei Direktoren des Finanzministeriums und der Kabinetschef des abwesenden Finanzministers zugezogen wurden. Es ist nicht bekannt, was und welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Frankfalle beschlossen wurden.

London, 18. Mai. Nach einer Information der „Daily Mail“ soll der Hauptzweck der Reise des französischen Finanzministers Pöret nach London in der Gewinnung einer Anleihe für die Stabilisierung des Franken bestehen, der aber die Londoner Bankiers nicht sympathisch gegenüberstehen. Nach dem „Daily Telegraph“ sei sowohl in London als auch in New York eine derartige Anleihe nur dann zu erlangen, wenn die finanzielle Rekonstruktion vollkommen sicher verbürgt sein, das Staatsbudget sich im Gleichgewichte befinden und die Unabhängigkeit der Zettelbank gesichert sein wird. Alle diese Bedingungen müssen aber tatsächlich und demnach nicht durch künstliche Mittel nur für eine Uebergangszeit durchgeführt werden.

Keine Vermehrung der künftigen Ratsitze.

Genf, 17. Mai. Obwohl hinsichtlich des Zusammentritts der zweiten Tagung des Prüfungsausschusses noch Zweifel bestehen können, denen heute nachmittag auch Scialoja Ausdruck gegeben hat, so kann doch angesichts der Tatsache, daß abgesehen von Spanien und Brasilien sich sämtliche Ausschusmitglieder, und zwar einmütig in sehr entschiedener Weise gegen eine Vermehrung der ständigen Ratsitze ausgesprochen haben, diese Frage als bereits negativ entschieden angesehen werden.

Die Hauptversammlung des „Freien Radiobundes“.

Abgehalten am 16. Mai in Bodenbach.

Am letzten Sonntag fand in der Volkshalle in Bodenbach die erste ordentliche Hauptversammlung des „Freien Radiobundes in der Tschechoslowakei“ statt. Der Tagung kommt deswegen besondere Bedeutung zu, weil sie zum ersten Mal seit der Gründung des Verbandes die Vertreter der deutschen Arbeiter-Radiobewegung in diesem Staate zu einer größeren Aussprache vereinte und Klarheit darüber schuf, wie weit diese jüngste unter den Kulturorganisationen der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung auf dem Gebiete des Radiowesens zu entsprechen im Stande war. Und da führte nun diese Konferenz zu der erfreulichen Feststellung, daß es dem „Freien Radiobund“ und seinen Zweigstellen in dem einen Jahre ihres Wirkens gelungen ist, die Erkenntnis von der Bedeutung des Rundfunks für das Proletariat innerhalb der Arbeiterschaft zu verbreiten und zu vertiefen.

Die Konferenz, an der an Delegierten und Gästen insgesamt 42 Personen teilnahmen, wurde vom Genossen Rüdiger eröffnet, der besonders den Genossen Köglér-Bodenbach als Vertreter des Parteivorstandes und Genossen Schiller-Bodenbach als Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission begrüßte und der Tagung durch eine kurze Würdigung ihrer Bedeutung den Aufschwung gab. Nach Begrüßung der Konferenz durch Genossen Melich namens der Bodenbacher Zweigstelle und Verlesung einiger schriftlicher Begrüßungsschreiben, darunter eines Telegrammes des Arbeiter-Radioklubs Deutschlands, und nach der Wahl eines Präsidiums (Rüdiger, Melich und Ing. Zinburg-Brünn) ging die Konferenz in ihre Tagesordnung ein.

Genosse Goldschmidt-Prag erstattet einen einstündigen Bericht über die Geschäftsführung. Von der Bedeutung und Entwicklung des Rundfunks für die Arbeiterschaft im Weltmaßstab ausgehend, bespricht er zunächst die besonderen Verhältnisse und Schwierigkeiten der Bewegung in der Tschechoslowakei. Trotz aller politischen, organisatorischen, wirtschaftlichen und geographischen Hindernisse hat unsere Bewegung in dem knappen Jahre ihres Bestandes schon fest Wurzel gefaßt, wovon allein die Existenz folgender Ortsgruppen zeugt: Bodenbach, Teplitz, Brünn, Prag, Karlsbad, Reichenberg, Warnsdorf, Aussig, Mährisch-Schönberg, Dreihunten, Holleischen und Billin. In kurzer Zeit steht die Gründung neuer Ortsgruppen, so in Falkenau und Neuern, bevor. Die Arbeit der Zweigstellen ist im allgemeinen durchaus befriedigend und verpflichtet bei noch größerer Mithilfe und Werbetätigkeit eine weitere günstige Entwicklung. Leider gestatten die Finanzen es bisher nicht, an Stelle des Mitteilungsblattes eine gut ausgestattete technische Zeitung zu sehen, doch wird alles getan werden, um diesem Ziele, auf solider Grundlage weiterarbeitend, näherzukommen. Eines der schönsten Zeugnisse für die Existenzberechtigung und Notwendigkeit des Bundes liegt in seinem erfolgreichen Mitwirken an der Schaffung der deutschen Sendung in Prag und insbesondere der deutschen Arbeitersektion. Ihrem weiteren Ausbau wird das Bemühen des Bundes auch im kommenden Jahr gewidmet sein. Unsere Forderungen auf diesem Gebiete wurden vom Referenten eingehend besprochen, sie sind auch in der Resolution niedergelegt, die wir weiter unten abdrucken. Genosse Goldschmidt entwarf dann die Richtlinien, nach denen Bund und Ortsorganisationen im nächsten Jahre arbeiten mögen und legte besonderes Gewicht darauf, daß die Funktionäre des Verbandes und der Zweigstellen unablässig darüber Klarheit verbreiten, daß auch die Arbeiter-Radiobewegung nur als ein Teil der gesamtsozialistischen Bewegung zu gelten habe und daß es ihre Hauptaufgabe ist, innerhalb der Arbeiterschaft die Erkenntnis über die Bedeutung des Rundfunks für den proletarischen Klassenkampf zu vertiefen und die Radiobewegung selber immer mehr zu einem Mittel im geistigen und politischen Emanzipationskampf der Arbeiter zu gestalten.

Das Referat des Genossen Goldschmidt wurde von der Hauptversammlung mit großem Interesse angehört und mit starkem Beifall aufgenommen. Sodann erstattete Genosse Hellmich-Prag den Kassab, Genosse Paul-Prag den Kontrollbericht. Die Entlastung der Geschäfts- und Kassaführung wurde einstimmig beschlossen.

Ueber das technische Programm referierte dann Genosse Scharnowell-Prag (der auch als Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft an der Versammlung teilnahm). Die wichtigsten Punkte dieses Programms sind: Schaffung eines technischen Laboratoriums, Organisation des Einkaufs, Ausgestaltung des Mitteilungsblattes, Zusammenkünfte und Besprechungen aller Techniker des Verbandes, Ausstellungen und die Aufstellung von Amatursendern. Auch die Ausführungen und Anregungen des Genossen Scharnowell fanden stärkstes Interesse, was die nachfolgende Debatte bewies. Die Diskussion wurde vom Vorsitzenden Genossen Rüdiger eingeleitet, nach ihm sprachen die Genossen Wünsch-Karlsbad, Hammererschmid-Prag, Eckstein-Teplitz, Peka-

rel-Bodenbach, Ing. Zinburg-Brünn, Müller-Bilin, nochmals Hammererschmid und Melich-Bodenbach. Mit der Fülle der Anregungen aus der Debatte beschäftigten sich dann in ihren Schlussworten die Genossen Scharnowell und Goldschmidt, die schließlich der Konferenz auch folgende Resolution vorlegte:

Die erste ordentliche Hauptversammlung des „Freien Radiobundes“ in der Tschechoslowakei, die am 16. Mai 1926 in der Volkshalle in Bodenbach tagt, wendet sich an die gesamte deutsche proletarische Arbeiterschaft dieses Staates mit dem lauten Appell, dem Radiowesen und seiner Bedeutung für die Arbeiterschaft erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Immer deutlicher zeigt es sich, daß der Rundfunk, allüberall Monopol oder doch fast ausschließlich der Alleinbesitz der Kapitalistenklasse und Staatsgewalt, vor allem in den Dienst der Bourgeoisie, ohne Rücksicht auf die Arbeiter oder geradezu gegen das Proletariat, gestellt ist. Die Wichtigkeit dieser Behauptung hat sich eben erst bei dem großen Ringen der englischen Arbeiterschaft gezeigt, gegen die der Staat als Diener des Unternehmertums auch seine Alleinherrschaft über den Rundfunk strupellos auszuüben verstand. Die Hauptversammlung der Vertreter des „Freien Radiobundes“ in der Tschechoslowakei fordert darum, daß hier, auf dem Boden dieses Staates, die staatskapitalistische Vorkriegsherrschaft über das Radio, die im Widerspruch mit der sozialen Gliederung und dem Willen des Großteils der Bevölkerung steht, demokratischen Methoden weiche, die dem Proletariat wenigstens die der bürgerlichen Demokratie entsprechenden Rechte auf das Radio gibt. Dazu gehört vor allem die Aufhebung der Zensur über die deutschen Rundfunkvorträge.

Die Hauptversammlung protestiert dagegen, daß sich im tschechoslowakischen Radiowesen der politische Einfluß der Regierungsgarantie in völlig ungerechtfertigter und unverhältnismäßiger Weise breitmacht und verlangt, daß die Programme mehr den Bedürfnissen der arbeitenden Klasse angepaßt werden. Und so sehr es die Vertreter des „Freien Radiobundes“ begrüßen, daß nach harten Bemühungen der deutsche Rundfunk in Prager Sender und vor allem die deutsche Arbeitersektion Wirklichkeit geworden ist, so sehr fordern sie auch, daß der deutschen Sendung mehr als die schmale tägliche Viertel-

Stunde eingeräumt und insbesondere die Arbeitersektion auf eine dem proletarischen Bedürfnis besser entsprechende Tagesstunde verlegt wird. Weiter werden alle in Betracht kommenden Stellen aufgefordert, Brünn als Stützpunkt mit 60.000 deutschen Bewohnern und Hauptstadt auch Deutschmährens eine deutsche Sendung mit demselben Inhalt und Umfang einzuräumen, wie sie in Prag besteht und sich entwickelt. Als unerlässlich notwendig für die Verbreitung des Rundfunks unter der unbemittelten Bevölkerung und in den entlegenen Gebieten fordert die Hauptversammlung ferner die mögliche Herabsetzung der Rundfunkgebühr für Arbeiter und Angestellte und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verbilligung des Materials.

Die Hauptversammlung manifestiert schließlich ihren festen Willen, für den Ausbau des Rundfunks als Verständigungsmittel, Kulturbringer und Instrument des internationalen Gedankens im proletarisch-sozialistischen Sinne mit allen zur Verfügung stehenden Kräften weiterzukämpfen, wobei sie als eines ihrer nächsten wichtigsten und mit größter Beschleunigung anzustrebenden Ziele die Aufrichtung eines deutschen Arbeitersektors in der Tschechoslowakischen Republik erklärt.

Nach Annahme der beifällig aufgenommenen Entschließung erstattete Genosse Goldschmidt den Bericht des auf der Konferenz gewählten Wahlkomitees. Die vorgeschlagenen Listen des Ausschusses, der Ersahleute und der Kontrolle wurden ohne Debatte angenommen. Mit einem kurzen, kräftigen Schlusswort, das zu weiterer Arbeit im Dienste des Arbeiter-Radios und also des Sozialismus anspornte, schloß Genosse Rüdiger die Konferenz.

Sofort nach Schluß der Konferenz trat der Ausschuss zu einer kurzen Besprechung zusammen und wählte aus seiner Mitte den Verbandsvorstand, der sich folgendermaßen zusammensetzt: Obmann Goldschmidt, Stellvertreter Rüdiger und Paul. Schriftführer Dr. Franzel und Scharnowell, Kassiere Hellmich und Grund.

Mit der Konferenz war, ebenfalls in den Räumen der Volkshalle, eine Radio-Ausstellung verbunden, die allseits Gefallen erregte und um die sich ein besonderes Verdienst die Großeinkaufsgesellschaft und ihr Bodenbacher Warenhaus erworben hatten. Die Hauptversammlung selber, zu der fast alle Zweigstellen delegiert hatten, nahm einen wahrhaft erhebenden Verlauf, ihre Debatte stand auf hohem Niveau, Sachlichkeit und Begeisterung verbürgten weitere fruchtbare Arbeit der Organisation für das Radiowesen im Dienste der Arbeiterschaft.

Aufmarschplan zum Festzug am Kreis-Arbeiter-Fest Pfingsten 1926 in Teplitz-Schönau.

Die Aufstellung des Festzuges.

Die Reihenfolge im Festzug wird folgende sein:
Eine Gruppe der „Roten Wehr“ eröffnet den Zug, dann folgen die Radfahrer, der Hauptaufschwung, die Turngenossen aus Deutschland, die tschechischen Arbeiter-Turner D.T.Z., die Turngenossen des Kreises 6 (Karlsbad), hierauf die Turnbezirke des eigenen Kreises mit den Organisationen der politischen Bezirksorganisationen, und zwar in der Reihenfolge: 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 2.
Die Aufstellung der einzelnen Züge der Bezirke hat so zu erfolgen, daß an der Spitze die Fahnengruppe marschiert, dann die Kinder, Turnerinnen, Turner, Jugendliche, Frauen, Männer. Die Aufstellung hat in allen Gruppen in Zecheereihen zu erfolgen.

Aufstellungsplätze:

Radfahrer: Richard-Wagnerstraße und rechte Seite Bahnhofstraße. — Spitze Kreuzung Clarastraße in der Richard-Wagnerstraße.
Reichsdeutsche: Linke Bahnhofstraße. — Spitze Villa Grohmann.

Tschechische Arbeiterturner: Linke Bahnhofstraße. — Spitze bei der Fabrik Ruz u. Co.
Kreis 6, Karlsbad: Linke Bahnhofstraße. — Spitze beim Geschäft Klumnermann u. Freund.

1. Bezirk und die Organisationen des Kreises Aussig: Bahnhofsallee und Bahnhofspfad gegen Turn. — Spitze Strahentkreuzung Hauptstraße.
3. Bezirk und die Organisationen der Bezirke Komotau, Raaden und Weipert. Nordstraße. — Spitze Eingang Bahnhofstraße.

4. Bezirk und die Organisationen der Bezirke Brüx und Oberleutensdorf: Mariengasse. — Spitze Eingang Bahnhofstraße.
5. Bezirk und die Organisationen der Bezirke Postelberg, Pödersam und Saaz. Mariengasse. — Spitze bei Haus Nr. 10.

6. Bezirk und alle Organisationen der Kreisorganisation Bodenbach, Schmechelplatz in Kolonnen. — Spitze Ecke „Café Kreuz“.
7. Bezirk und die Organisationen der Bezirke Dux und Billin. Rechte Fahrstraße Schmechelplatz und Theresiengasse bis „Freiheit“. — Spitze obere Ecke des Schmechelplatzes gegen Meißnerstraße.

8. Bezirk und die Organisationen des Bezirkes Görkau, Theresiengasse. — Spitze Redaktion „Freiheit“.
2. Bezirk und die Organisationen des Bezirkes Teplitz.

1. Turner: Meißnerstraße. — Spitze obere Ecke Schmechelplatz.
2. Gewerkschaften: Schulplatz.
3. Jugendliche: Schulgasse. — Spitze Eingang Schulplatz.
4. Frauen: Weisstraße. — Spitze Konsumverein.
5. Männer: Schulgasse, Eichwalderstraße, Hansastraße. — Spitze Apotheke.

Der Weg des Festzuges:

Richard-Wagnerstraße, Steinbadgasse, Mühlstraße, Königstraße, Graupnergasse, Marktplatz, Waldtorplatz, Eichwalderstraße zum Festplatz.

Abmarsch-Signal wird in der unteren Bahnhofstraße gegeben. — Die Bezirksturnwart haben einen oder zwei Ordner als Verbindung zu stellen.

Abmarschpunkt 1 Uhr!

Der Empfangs- und Verkehrs-ausschuss erteilt folgende Weisungen:
Alle Vereine, die keinen Sonderzug benötigen, melden 24 Stunden vor Abfahrt bei Ihrer Einsteigestation die Anzahl der Teilnehmer und Zeit der Hin- und Rückfahrt.

Einsteigen in folgender Ordnung: Kinder, Turnerinnen, Turner.

Während der Fahrt übernimmt in jedem Abteil ein Genosse den Ordnungsdienst. Bei Ankunft in Teplitz sofort Perron verlassen, am Bahnhofspfad ordnen und abmarschieren.

Festkarte sichtbar tragen.
Den Weisungen des Verkehrsausschusses und der Ordner unbedingt Folge leisten.

Verkehrszeiten der fahrplanmäßigen Züge nach Teplitz:

Von Komotau	Brüx	Dux	Aussig
Vormittag 4.07	4.47	5.12	5.45
" 5.20	6.01	6.32	6.07
" 6.25	7.07	7.39	7.06
" 8.20	9.02	9.42	10.03
" 10.45	11.21	11.50	11.56
Nachmittag 12.18	12.57	13.27	14.07
" 13.50	14.30	14.59	15.20
" 16.00	16.39	17.08	16.45
" 17.15	17.55	18.24	17.30
" 19.40	20.20	20.50	19.17

Von Bodenbach	Saaz	Oberleutensdorf
Vorm. 6.02	Vorm. 5.41	Vorm. 6.23
Vorm. 11.45	Vorm. 6.40	Vorm. 8.25
Nachm. 15.12	Vorm. 11.03	Nachm. 13.45
Nachm. 19.23	Nachm. 14.02	Nachm. 17.59
Nachm. 22.27	Nachm. 16.19	Nachm. 20.27
	Nachm. 22.14	

Abfahrtszeiten der fahrplanmäßigen Züge von Teplitz:

Nach Dux	Aussig	Oberleutensdorf	Bodenbach
Nachm. 12.43	13.59	13.17	14.48
Nachm. *14.54	15.31	16.40	18.51
Nachm. *16.00	17.10	20.57	21.17
Nachm. 17.28	17.40	*23.55	
nur bis Dux 18.18	18.54		
	*20.16	21.21	
	21.33	0.45	
	23.48		

Raffiert die Fahrgelder vereinsweise ein!
Nur einer geht zum Schalter Karten lösen!
Bringt eure Mitgl'edsbücher in Ordnung!
Wer von den Turnern über 30 Kilometer Fahrpreisermäßigung in Anspruch nehmen will, muß die Fahrkarte für 1926 besitzen!
Für Jugendliche unter 18 Jahren 1 K, Erwachsene 3 K vom Bund zu beziehen!
Zeit des Extrazuges von Bodenbach wird separat bekanntgegeben.

Der Festausschuss.

* Anschluß in Dux nach Saaz
*) Nur bis Wiesa.

Tagesneuigkeiten.

Wenn Halentkrenzler lyrisch werden ...

Es war in Schöneberg, nein, in Mährisch-Schönberg, im Monat Mai, Halentkrenztag und ein Schmod dabei. Der hat im „Tag“ mit Vergleichen einen Stimmungsbericht losgelassen, daß einem grauft. Man hat immer einen verdammten elenden Geschmack im Mund, wenn Reden, die sonst das braune Heud und der Gummistümpel ziert, lyrischen Anwendungen unterliegen. Aber diesmal, nein das ist zuviel: „Festtage der deutschen Seele“, „Siegestage der deutschen Arbeit“, „ein Strom neuer Tatkraft“, „ein Strom (noch ein Strom!) neuen Opfermutes für die Ideale (Schlagt tot ... die gottverfluchte Judensau!) des deutschen Nationalsozialismus“, „Neuland erobert und Höhenland erklimmend“. Uff! ... ein weiblich sichtbarer Ausdruck“, ... aber auch ein leuchtender Beweis“ ... „Wer Augen hatte, zu hören und Ohren, zu sehen (oder umgekehrt), der sah in Schöneberg die Kerntruppe des Subkondensdeutschums“, den „Sammelpunkt der wahrhaft aktiven und idealistischen (wo, geht denn nicht?) Elemente unseres Volkes“. Wer's nicht glaubt, zahlt Wahlschulden. „Kräftiger Puls“, „fanatischer Wille“, „Verge versehen“ (dafür kriegt man nicht viel im Verfassung), „Zukunft schmieden ...“ All das und noch viel mehr steht innerhalb dreißig Zeilen. Doch das Best zuletzt:

„Es ist schwer zu sagen, was eigentlich den Höhepunkt der Tagung bildete. Sie war so reich an leuchtenden Gipfeln und unvergeßlichen Eindrücken, so stolz und groß und einheitlich und in ihrem Wesen wie aus einem Guß, daß man von einem Höhepunkt nicht sprechen kann, es wäre denn, daß man sagt, daß der ganze Parteitag ein einziger, weiblich leuchtender und strahlender, allen gemeinsamer Höhepunkt war, der in der kleinsten Bemerkung eines Vertrauensmannes ebenso glänzend zum Ausdruck kam, wie in den großen, richtunggebenden Reden der ersten Führer der Bewegung.“

Wer wollte da unterscheiden zwischen „Gipfelleistungen“? Die herrliche Rede des Pa. Jesser am Festabend, die wie ein Gottesdienst war, der stolz dahinstürmende Geist des Pa. Jung, dessen glühendes Bekenntnis zum sozialen, alldutschen Ideal wie eine Fanfare wirkte, oder Fieders tief schürfende Auseinandersetzung mit den großen Problemen unserer Zeit und des Pa. Bagel verantwortungsbewußte politische Ausführungen, oder das geradezu rührende und mächtig die Herzen ergreifende Treuegelöbnis der Partei zu dem vorübergehend scheidenden Vorsitzenden Pa. Knirsch, der in der nächsten Zeit seine ganze Kraft einer besonderen Aufgabe widmen wird, — wer wagte da dem einen oder dem anderen den Vorzug zu geben?

Ja, wer wagte da, den Vorzug zu geben? Wer wollte da unterscheiden? Wo es doch so schwer zu sagen ist! Wenn man so abfolut nicht gewohnt ist, auf leuchtenden Gipfeln herumzukletterern, verwechselt man eben leicht die Berge, die der Glaube verfehlt, und damit man keinem Unrecht tut, sagt man, jeder ist ein Gaurifanfar. Offen gestanden: an den Gottesdienst des Herrn Jesser glauben wir nicht ganz, zumal er solchen journalistischen Ministranten hat und weder die Fanfaren des Herrn Jung noch die tiefen Schürfungen des Herrn Fieder zwingen uns besondere Hochachtung ab. Doch da sind wir wohl zu sehr Geaner. Aber als wir vom Treuegelöbnis für Knirsch lasen, da wurden uns die Augen feucht und die ganze mächtige Nahrung des Parteitags — oh, daß wir nicht dabei sein könnten! — Das muß wirklich ein erhebender Augenblick gewesen sein. Sozusagen eine „Gipfelleistung“ deutscher Treue und nationalsozialistischer Schlagkraft. Herr Knirsch, den jetzt das Ausland ruft, wird diesen Festtag deutscher Seele sicherlich in angenehmster Erinnerung behalten. Mag es für ihn noch so tragisch sein, daß ihm auf der Suche nach Neuland und Höhenland nur das Ausland geblieben ist, die glühenden Zeilen des Pa. Knirsch werden ihn weich und verführerisch stimmen.

Die soziale Fürsorge des tschechoslowakischen Staates, die nach der Meinung der industriellen und agrarischen kapitalistischen Kreise bereits eine derart gefürchtete Regelung gefunden habe, daß die Volkswirtschaft darunter schwer leide, ist in Wirklichkeit keineswegs die größte Sorge unserer gesetzgebenden Körperschaften. Alles auf sozialem Gebiete bisher Geschaffene ist noch so unvollständig, so daß es geradezu als Dohn bezeichnet werden muß, wenn von kapitalistischer Seite die jetzige soziale Fürsorge nicht nur als zu weitgehend, sondern gar vernichtend für Industrie und Landwirtschaft hingestellt wird. Die grenzenlose Not tausender Familien Arbeitsloser, Kriegsinvaliden usw. bleibt selbst, wenn eine Hilfe, sei es durch Arbeitslosenunterstützung, Invalidenrente, gewährt wird, noch vorhanden, da die Unterstützungsgelder viel zu gering sind und die Unterstützungsdauer nur eine kurze ist. Weit schlimmer gestaltet sich das Elend und der Hunger für jene Menschen, die von dem Bezuge jeder Unterstützung ausgeschlossen sind. Ihre Zahl ist riesengroß und vielgestaltig kommt da und dort das Verlangen nach Hilfe zum Ausdruck. Als drastischer Beweis, welche „glänzende soziale Fürsorge“ wir in der Tschechoslowakei haben, sei folgendes in der „Bohemia“ erschienene Inserat wiedergegeben:

Hilferuf!

Andreas Angermann, Sohn der Witwe Theresia Angermann in Labant, Bezirk Tschau, Böhmen, der drei Jahre in russischer Gefangenschaft war, wurde in dieser Zeit am Kopfe durch einen Schuß verwundet, was bald nach seiner Rückkehr in die Heimat ein heftiges Nervenleiden zur Folge hatte. Er ist seit 1920 gänzlich arbeitsunfähig und kann nicht mehr seinem Berufe (Maurer) nachgehen. Seine 71 Jahre alte Mutter hat den letzten zusammengehörten Heller verbraucht. Sohn und Mutter sind nun dem größten Elend preisgegeben, da Andreas Angermann trotz wiederholter Vorstellungen keine militärische Rente erhält. In ihrer grenzenlosen Notlage bitten sie hilfsbereite Menschen recht innig, ein Scherlein zur Linderung ihrer Not beizutragen. Schon im vorhinigen sagen sie für jede Gabe herzlichsten Dank! Spenden wären zu senden an Theresia Angermann in Labant Nr. 51, Post Pflaumberg, Böhmen.

Treffender kann der Rotschrei das Gefasel vom „sozialen Fortschritt ohne Ende“ wohl kaum bloßstellen. Solche Zustände zu beseitigen, ist die eigene Aufgabe des leidenden Proletariats. Der Appell an die Müdigkeit ist letzten Endes nicht der Weg zu dauernder und ausreichender Hilfe. Nicht milde Gaben, sondern Alters- und Invaliditätsversorgung für alle, die ihrer bedürfen, verlangen wir vom Staate.

Die Nacht des Gesanges. In Southampton sind kürzlich Mister James Campbell und Mister Reginald Connolly, gemeinsame Komponisten volkstümlicher „Schlager“, auf der Rückkehr von einer Spritour nach Amerika eingetroffen. Sie erzählten, daß in den Vereinigten Staaten einundvierzig Millionen Exemplare ihres Complots „Zeit mit den Eng nach Hause“ verkauft worden seien, ferner in England 800.000. Außerdem fabrizierte man in Amerika zwei Millionen Grammophonplatten von diesem Schlager. „Wir haben eine Million in unseren Taschen“, schloß er Campbell. „Vor einem Jahre hatten wir vier Zimmer in London und jetzt ziehen wir in ein fünfstöckiges Haus.“ Am gleichen Tage, an dem die beiden zurückkamen, erhängte sich in Swansea ein Konjunkturtag. Er hinterließ einen Preis, in dem zu lesen war: „Ruht war mein Fruch und mein Untergang. Mein Leben war eine Hölle infolge der schrecklichen finanziellen Lage, in die mich die Ruht gestürzt hat.“

Eine akademische Flugschule ist an den Universitäten Oxford und Cambridge eingerichtet worden.

Flugzeug- und Geräteschuppen wurden eingerichtet, in denen Unterricht über Motoren- und Flugzeugbau und praktische Übungen im Fliegen abgehalten werden.

Eine Internationale der Flugschüler hat sich auf Anregung der französischen Flieger gebildet. Die „Internationale Fliegerliga“ besitzt bereits Landesverbände in Italien, Belgien, Rumänien, Amerika, Kanada, Finnland, Schweden, Polen und Japan und soll nunmehr sämtliche aktiven und inaktiven Flieger der Welt umfassen. Neben der Pflege des „Mitterlichen Fliegergeistes“ sollen den Mitgliedern gewisse materielle Sicherungen in ihrem gefährlichen Beruf geboten werden.

Die unsittliche Turnhalle. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages erklärte kürzlich der Zentrumsabgeordnete Fr. J. „Ich protestiere namens des gesamten bayerischen Volkvolkes gegen das sogenannte schwedische Turnen. Es ist unanständig, wenn eine Turnlehrerin nur mit einer Turnhose bekleidet, am Boden auf dem Rücken liegt und beide Beine in die Luft über den Kopf streckt. Derartige Turnübungen sind mit dem religiösen Empfinden unvereinbar, namentlich dann, wenn dieses Turnen mangels geeigneter Räume an Orten stattfindet, wo die männliche Jugend ungehindert zusehen kann. Das Bauernvolk hat heute wichtigere Ausgaben zu bestreiten als die für die Anschaffung von Turnhosen.“ Die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Fr. J. wurden von seiner Fraktionskollegin, der Abgeordneten Barth unterstützt, die meint, das Damenturnen muß überhaupt vom Standpunkt des Anstandes und der Ästhetik verworfen werden und es sei besonders bedauerlich, daß ein Zwang zum Turnunterricht bestehe. — Es ist wirklich recht sonderbar, auf welche Gedanken kirchliche Bauern und bigotte alte Jungfern kommen, wenn sie Menschen in Turnhosen erblicken. Sie können dabei scheinbar immer nur an Schweinereien denken. Derartige Exemplare, die mit dem Maul von Sittlichkeit treten und über die unanständige Kleidung und das unsittliche Verhalten beim Turnen wettern, gibt es auch bei uns. Das Muckertum aller Richtungen ist ja überall so eingestellt.

Wieder ein Ueberfall von Frontkämpfern auf Arbeiter. In Marz-Rohrbach bei Mittersburg (Niederösterreich) überfiel Sonntag eine Gruppe von fünfzig bis sechzig Frontkämpfern einen Eisenbahnzug, in dem sich Ausflügler und zu ihrem Arbeitsplatz fahrende Bauarbeiter befanden. Auf einige Bemerkungen über die „Auszeichnungen“, die von den Frontkämpfern auf den Windjassen getragen wurden, eröffneten die „Kämpfer“ ein Steinbombardement auf zwei Waggons, in denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Die Waggonfenster wurden vollkommen zertrümmert, und den Fahrgästen gelang es mit Mühe, sich in die andern Waggons zu flüchten. Unter den feigen Angreifern tat sich besonders ein älterer Frontkämpfer hervor, der gegen die Waggonfenster ein halbes Dutzend Schüsse abgegeben hat. Er wurde von dem Schaffner Marosch angehalten und der herbeigekommenen Gendarmerie übergeben, die ihn verhaftete und ihm die Waffen abnahm. Gendarmeriebeamte besetzten hierauf den Zug und führten zum Schutze der Reisenden bis Wiener-Neustadt mit.

Selbstmord auf dem Grabe seiner Frau. Auf dem Friedhof in Hof bei Sternberg verübte dieser Tage der 23jährige Rudolf Müd aus Pausisch Selbstmord. Müde wurde über dem Grabe seiner vor etwa einem Jahr verstorbenen Gattin tot aufgefunden. In einem hinterlassenen Schreiben führt er an, daß er ohne seine geliebte Frau nicht mehr leben könne. Er hinterließ drei Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren.

Ein bewegener Ausbruch aus dem Zuchthaus. Sieben Schwerverbrecher haben bewiesen, daß auch das moderne Zuchthaus der Welt nicht ausbruchsicher ist. Allerdings sind sie dem aus einem Stahl

errichteten Zuchthaus zu Joliet bei Chicago, das den Anspruch auf die neueste Strafanstalt der Erde erhebt, nicht mit Handwerkszeug beigekommen, sondern durch Ueberlistung und eine auf die Sekunde eingestellte Berechnung der besten Ausbruchzeit. Joliet galt bisher als der Strafanstaltsbau, der noch keinen seiner Insassen durch Ausbruch wieder hergegeben hat. In Joliet sitzen auch die beiden Millionärsöhne Nathan F. Leopold und Richard Loeb, die seinerzeit aus reinem Uebermut ein Kind ermordet hatten, wofür sie zwar dank ihrer ungewöhnlich tüchtigen Anwälte am Galgen vorbei, aber lebenslanglich nach Joliet kamen. Als die Gefangenen zum Abendessen ausgerufen worden waren und ihre Zellen verließen, verdrückten sich ihrer sieben aus der langen Reihe und versteckten sich in den leeren Zellen. Als die „Luft rein war“, kamen sie zum Vorschein, überfielen und knielten einen Wächter, der ihnen an einer Flurecke entgegenkam; man fand ihn später tot wieder. Auf Strümpfen ging es in den Innenhof, und zwar unaufgehalten, da alle Bewegungen so berechnet waren, daß kein Wächter sich ihnen entgegenstellte, die alle im Hofsaal waren. Im Innenhof stand das Auto des Gefängnisdirektors. Vier bemächtigten sich des Fahrzeuges, drei liefen zum Pförtnerhäuschen, dessen Einzelwächter sofort nieder geschossen wurde. Der Schlüssel wurde dem Toten entziffen, das Tor geöffnet, und schon glitt das bereits angesturzte Auto hinaus, auf das sich in der Durchfahrt die drei hinausschwangen. Die Wachen vor den Toren feuerten, aber die Banditen, von denen drei lebenslanglich hatten, entkamen. Es ging gegen die Grenze von Michigan. Am nächsten Tage wurden ihrer vier aber doch gestellt und umzingelt. In einem Feuergefecht fielen zwei Postippen, und die Verbrecher ergaben sich mit zwei Schwerverletzten. Die anderen drei sind noch frei; man vermutet, daß sie nach Chicago entkommen sind.

Seine Tante ermordet und im Backofen verbrannt hat der Landwirtschaftsgehilfe Martin Winkler, der sich wegen der Bluttat vor dem Schwurgericht in Breg zu verantworten hatte. Winkler hatte seit Jahren zu der Witwe seines Onkels geschlechtliche Beziehungen unterhalten. Er verliebte die eifersüchtige und starkköpfige Tante viermal, ließ sich aber immer wieder bewegen, zu ihr zurückzukehren. Aus Verzweiflung schoß er sich eines Tages eine Kugel in den Kopf, die heute noch nicht entfernt ist. Eines Tages schlug er seine Tante mit dem eisenbeschlagenen Ziesel nieder, als sie ihn, wie gewohnt, mit Brotwürfen überhäufte. Nach der Tat hat er die Leiche im Backofen verbrannt. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode.

Die Kofainsuche in Wien. In Wien wurden von Organen der Wirtschaftspolizei zwei berühmte Kofainhändler namens Hugo Groß und Franz Leibl verhaftet. Sie gehören zu den größten Kofainhändlern und üben ihren Geschäftsbetrieb namentlich in der Innern Stadt aus. Sie hielten sich meist auf der Rätnerstraße auf und verkauften das Kofain an Passanten. Zu ihrem Kundencreis zählten vor allem unter Sittenkontrolle stehende Mädchen. Im Besitz der Verhafteten wurden große Mengen von Kofain vorgefunden.

Tod eines achtjährigen Mädchens durch Gefroren. In Wien ist die achtjährige Tochter der Baumeisterwitwe Marie Kofischer, nachdem sie tags vorher plötzlich an heftigem Brechdurchfall erkrankt war, gestorben. Der behandelnde Arzt stellte als unmittelbare Todesursache Herzschwäche fest und beantragte aber gleichzeitig, da der Verdacht einer schweren Darminfektion vorlag, die sanitätspolizeiliche Leichnung der Leiche. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß das Kind von einem unbekannten Gefrorenesbergerzeuger Eis gekauft hatte, nach dessen Genuß sich abends plötzlich die Brech- und Durchfallerkrankungen einstellten. Da der Verdacht eines fremden Verschuldens nicht von der Hand zu weisen ist, wurde die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt und die gerichtliche Obduktion der Leiche beantragt.

Eine rumänische Stadt eingeeßert. In der Stadt Bacau in der Moldau (Rumänien) brach ein gewaltiger Brand aus, der im Arbeiterviertel einige hundert Häuser, einige Fabriken und zwei große Mühlen vernichtete. Einige tausend Bewohner sind obdachlos. Während des Brandes wehte ein Sturmwind, der die Verbreitung des Feuers unterstützte und alle Versuche, das Feuer zu lokalisieren, vereitelt. Es wurden einige Hilfszüge abgefertigt. Als sich der Sturm legte, konnte der Brand lokalisiert, und schließlich ganz gelöscht werden. Der Schaden konnte bisher nicht abgeschätzt werden, beträgt aber viele Millionen. Menschenopfer soll es wenig geben. Aus Jassy und Locani sind militärische Hilfsabteilungen eingetroffen.

Auto-Unglück. Das Postauto, das den Verkehr zwischen Foligno und Montefalco in Umbrien besorgt, stürzte mit einer Besetzung von 13 Personen an einer Kurve ab, wobei sämtliche 13 Personen, unter denen sich kein Ausländer befand, verletzt wurden.

Wetterübersicht vom 18. Mai. Montag trat einerseits im Südwesten, andererseits im Westen der Republik eine Verschlechterung des Wetters ein. Die Südslowakei hatte Regenschauer (Luzene 4, Nitra 5 Millimeter), Süd-, Mittel- und Nordböhmen abends und nachts Gewitterregen. (Budweis 2, Prag 3, Aussig 5, Tönnersberg 13 Millimeter.) Die Mitte des Staates ist vorläufig niederschlagsfrei geblieben und überall ist Abkühlung eingetreten. In Nordböhmen und der Südslowakei waren Montag nachmittags noch 25 Grad Celsius überschritten worden. Dienstag früh war die Temperatur in der ganzen Republik um rund 4 Grad niedriger als am Vortage. Die Südwinde haben überall abgeblaut, in Böhmen ist Nordwestwind eingetreten. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, keine oder nur leichte Niederschläge, relativ kühl, Westwind.

Volkswirtschaft.

Steuerabzug im Baugewerbe.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat kürzlich die Unternehmerorganisationen des Baugewerbes auf die verschiedenartigen, oft ungeschicklichen Methoden beim Steuerabzug aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, daß daraus zwangsläufig Rechtsstritte entstehen müssen. Es wurde die Einstellung des Steuerabzuges bei den Hilfsarbeitern verlangt. Ebenso die Einstellung für alle jene Arbeiter, die das bekannte Protokoll nicht unterschrieben, dafür dann über kollektiven Auftrag der Steuerbehörde vom Unternehmer 5 Prozent vom Lohn abgezogen erhielten, ohne daß die im § 237 B. G. St. G. vorgesehene und vor dem Abzugsauftrag zu erfolgende Steuervorschriftung durchgeführt war. Die Intervention des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat vollen Erfolg gehabt.

Die Reichsberger Baumeistergenossenschaft, deren Tätigkeitsgebiet sich auf den Kammerbezirk erstreckt, hat durch ein Rundschreiben alle Baumeister verständigt, daß der Steuerabzug bei den Hilfsarbeitern überall und sofort einzustellen ist. Der bisherige Abzug bei den Hilfsarbeitern war ungeschicklich, da bei diesen die Möglichkeit, ein Mindestlohnverkommen von 700 K zu erreichen, nicht besteht und dasselbe weder von den Baumeistern noch von der Steuerbehörde garantiert werden kann. Die Weisung der Baumeistergenossenschaft an ihre Mitglieder erfolgte nach vorher gepflogenen Einvernehmen mit der Steuerbehörde.

Mit Ausnahme einiger besonders übereifriger Baumeister, die sich nicht an die Weisung ihrer Genossenschaft hielten, ist bei der Lohnzahlung am 15. d. der Steuerabzug bei den Hilfsarbeitern eingestellt worden. Teilweise wurden die bisher abgezogenen Beträge bei dieser Lohnzahlung wieder zurückerstattet. Wo weder die Einstellung des Abzuges, noch die Rückzahlung der bis jetzt abgezogenen Beträge erfolgte, ist es Sache der Hilfsarbeiter, dies sofort zu verlangen. Im Falle der Weigerung seitens der Unternehmer ist die Organisation zu verständigen.

Die Baumeistergenossenschaft hat in ihrem Rundschreiben ihre Mitglieder weiters angewiesen, den 5prozentigen Abzug erst dann vorzunehmen, wenn von der Steuerbehörde bei der Austragserteilung dieses Abzuges die Bestimmungen des § 237 a voll erfüllt wurden. Die bei einzelnen Steuerbehörden zur Übung gewordene kollektive Austragserteilung für den Steuerabzug widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Zur Erfüllung eines unter solchen Voraussetzungen erfolgten behördlichen Auftrages kann niemand gezwungen werden. Die Baumeistergenossenschaft hat sehr klug und im Interesse ihrer Mitglieder gehandelt, daß sie auf die Intervention des Deutschen Bauarbeiterverbandes einging und die Weisung hinausgab. Dadurch werden viele Rechtsstritte vermieden. Uebrig bleiben nur jene Fälle, wo Baumeister trotz der Weisung ihrer Genossenschaft ihren Eifer als Steuergehoramen nicht jähgeln können. Daß solch blinder Eifer nur schadet, wird diesen Uebereifrigen noch beigebracht werden.

Der durch die Intervention geschaffene Rechtszustand gilt natürlich nicht bloß für den Reichsberger Handelskammerbezirk. Dieser Zustand ist ein bedeutender Erfolg. In seiner Gesamtwirkung bedeutet dies, daß viele hunderttausende Kronen, verteilt natürlich auf tausende Arbeiter, für deren Haushalte gesichert werden müssen. Reformistische Gewerkschaftsarbeit! Was hat dagegen das kommunistische Geschrei den Arbeitern gebracht?

An den Bauarbeitern allerorts ist es nun, den Erfolg überall zur praktischen Wirklichkeit werden zu lassen.

D. W. Schimbera.

Prager Filmbörse.

Der Kinofilm bringt zwei neue F. V. D.-Erzeugnisse, von denen der „Held mit dem goldenen Herzen“ (Mit dem Wind um die Weite) ein inhaltlich leeres und sinnloses Machwerk ist. In der Hauptrolle Fred Thompson. Dagegen ist das zweite Stück gut und besonders wegen seines netten Leinwandmens erwähnenswert. Es heißt „Frische Küsse“ (Im Zumpfe der großen Gesellschaft) und handelt die heidnischen Moralbegriffe der sogenannten guten Gesellschaft, die innerlich hohl und verfaul ist aber trotzdem steif an ihren lächerlichen Vorurteilen und Gebirgen festhält. Ein junger Mann (Cullen Landis) aus gutem Hause heiratet eine Doubratte (Vilston Mich), ein natürlich hübsches, edles Mädchen. Es kommt deshalb zum Bruch mit den Eltern, die die Stauweigerin nicht für „standesgemäß“ halten. Doch im Laufe der Zeit stellt es sich heraus, daß außer der jungen Frau die ganze Sippschaft verrottet ist: ihr Mann wird ihr untreu, der Schwiegervater hat ein Verhältnis mit einer Dame der Halbwelt und sogar die Schwiegermutter, die immer so heuchelhaft und nobel tut, hat eine Liebhaft. Die an ihrer Ehre gekränkte junge Frau deut rücksichtslos den ganzen Sumpf auf und verläßt das Haus: ihr Mann erlangt schließlich ihre Verzeihung. Die Handlung ist unaufdringlich und sehr nett gebracht und ist als ein gelungenes Spiegelbild einer verlogenen Moral zu werten, die auf Schein und Trug aufgebaut ist, wie dies in den besseren bürgerlichen Kreisen schon einmal so üblich ist.

Das Lustspiel „Achtung auf den Zug“ (Barry als Detektiv) mit dem Komiker Larry Semon ist nicht einmal als eine Kinderei zu werten: es ist unverständlich, wie man so etwas einläßt kann. Die Slavia bringt noch

einen zweiten Film, deutscher Erzeugung (Regie Alfred Noah) nach dem Roman von Fred Reilus „Der Mann aus dem Jenseits“. Das Stück behandelt den bekannten Vorwurf von dem angeblich im Felde gefallenen Mann, der nach einigen Jahren zurückkehrt und seine Frau verheiratet findet. Das Stück ist mit dramatischen Szenen nur so geladen und hält den Zuschauer bis zum Schluß in atembrechender Spannung, die von einem wichtigen Ereignis zum anderen eilt. Die Regie ist erstklassig und der Schnitt des Filmes dazwischen, daß er bloß das unbedingt Nötigste bringt und jede Nebenachtlichkeit ausschaltet; die Handlung prasselt wie ein Gewitter mit voller Wucht auf den Zuschauer nieder. Ebenso ist die Besetzung gut. Ten Mann aus dem Jenseits spielt Paul Wegener, der stark an Jannings erinnert; eine fast grauam zu nennende Gestalt, ein edles Gefühlskriter in unverschämter Zola-mäßiger Aufmachung, mehr ein Mutter als ein Mensch. Den zweiten Mann verkörpert Anton Pointner, die Frau Olga Tschobova. Alle drei Darsteller geben ein packendes Zusammenspiel, das in der straffen Regie sehr günstig zum Ausdruck kommt. Aber eines wollen wir keineswegs verdrängen: die Gestalt des Hauptmannes Martin Römer ist allzu sehr ins Unmensliche verzeichnet, ihre Hoheit und Grausamkeit allzu sehr betont. Auch wenn beabsichtigt ist, die moralische Verurteilung eines im Kriege verirrten Mannes zu zeigen, so darf dies nicht in einer Weise geschehen, die in ihrer Grobheit unbedingt verurteilt werden muß, der deutsche Film wird durch ähnliche Stücke nicht neue Freunde gewinnen.

Der Terra-Film „Der Mann ohne Schlä“ der Gaumont ist eine anspruchslose, aber sehr nett und lebenswürdig gebrachte Geschichte von einem Schlafwagenkontrollanten (Harry Liedtke), der zwischen Berlin und München ewig hin- und herpendelt und in jeder Stadt eine „Braut“ hat,

die er abwechselnd besucht. Dann kommt noch eine dritte hinzu und zum Schluß gibt es glücklich zwei gesegnete und ein ungeschickliches Ehepaar. Der Film ist ein gutes Unterhaltungsstück ohne tieferen Gehalt. — Ein Massenschlager ganz hervorragender Güte ist der französische Film „Die Schloßfrau von Libanon“ nach dem bekannten Roman von Pierre Benoit, ähnlich großartig und farbenfroh gehalten wie „Atlantis“. Am Mittelpunkt der Handlung steht ein junger Offizier (M. Petrovich) der französischen Kolonialarmee Beirut, der sich in die hübsche Schloßherrin von Libanon verliebt und über diese Leidenschaft fast den Verstand verliert; er ist zu allem bereit, sogar zum Verrat am eigenen Vaterland. In der entscheidenden Krise wird er schwer krank und büßt seine Schuld nach seiner Genesung durch eine Helikopter ab. Das ist kurz gesagt die Fabel des Stückes, das in herrlichen Bildern spannend und flott abrollt. Der orientalische Rahmen des Filmes mit all seiner naturgetreue festgehaltenen Exotik und Farbenpracht, die Gediegenheit der Handlung und die guten Leistungen der Hauptdarsteller verbunden mit der wohlhaltigsten Ausstattung stampeln das Stück zu einem Film, wie man derer wenige zu sehen bekommt. M. Petrovich erweist sich als ein Künstler von hohem Können; jene Szenen, da bei ihm der Wahnsinn auszubrechen droht, sind eine Meisterleistung sowohl des Darstellers als auch des Regisseurs, der sich überhaupt durch eine straffe Regieführung auszeichnet. — Herr Pierre Benoit sei folgendes ans Herz gelegt; wie kann man mit ruhigem Gewissen eine so geschmackvolle Dirnenfigur schaffen, wie es die berühmte Schloßfrau ist? Eine Großendürre benimmt sich und spricht nicht so rüchhaltslos offen und frech wie diese Dame, die sich einem betrunkenen Matrosen um fünf Dollar hingibt und sich dieser Tat noch rühmt. . .

Ein Gesetz über die Verlängerung der Fristen für Forderungen des tschechoslowakischen Staates. Nach den Friedensverträgen sind dem tschechoslowakischen Staat eine Reihe von Forderungen zugefallen, welche früher den beiden alten Staaten zustanden. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen würden die Fristen einer Reihe von Forderungen ablaufen, weshalb die Regierung in der gestrigen Senats Sitzung ein Gesetz vorgelegt hat, wodurch diese Fristen verlängert werden.

Vorlage eines Zollgesetzes. Die Regierung hat in der gestrigen Sitzung des Senates den Entwurf eines neuen Zollgesetzes vorgelegt, welches bereits im Wirtschaftsrat beraten worden ist. Es handelt sich nur um gewisse formal-rechtliche Bestimmungen, nicht etwa um die Vorlage eines neuen Zolltarifs, in dem die Höhe der Zölle enthalten sein müßte. Der erste Abschnitt des Gesetzes enthält Bestimmungen über Zollgebiet und Grenzverkehr, der zweite Abschnitt die Bestimmungen über die Organisation der Zollverwaltung, der dritte Abschnitt handelt von Warenklarierung und Kontrolle des Warenverkehrs. Der vierte Abschnitt regelt den Zahlungsverkehr, der fünfte Abschnitt das Besondere, der sechste Abschnitt enthält Strafbestimmungen, der siebente Schlußbestimmungen. Der Zweck des Gesetzes ist, die bisherigen Bestimmungen über das Zollrecht in einem Gesetze zu vereinigen.

Prager Produktbörse. (Offizieller Bericht vom 18. Mai.) Den heutigen Verkehr an der Produktbörse beherrschte überwiegend eine feste Tendenz. Ein lebhafteres Interesse war am Getreidemarkt sichtlich, obwohl höhere Preise nur vereinzelt gesahit wurden. Die Befestigung dieses Marktes kam eher in der Nachfrage zum Ausdruck. Roggen und Weizen konnten sich gut behaupten, am wenigsten wurde Gerste getätigt. Eine sehr feste Haltung zeigte Hafer mit Rücksicht auf die höheren Preise in Futtermitteln, wo insbesondere Heu und Stroh bei höheren Notierungen gesucht wurden. Nierlich verteuert war besonders fremdes Heu. Die Mehlpreise konnten sich behaupten. Verhältnismäßig sichtlich im Preise gestiegen war Fett, sowohl amerikanisches als auch ungarisches. In ungarischem Fett war ungenügend Ware angeboten worden angesichts des Rückganges des Fleischverbrauchs und der Einschränkung der Viehschlachtung in Ungarn. Am Kolonialmarkt sind keine Preisänderungen zu verzeichnen. Im Verlaufe der Börse ließ Mais etwas nach. Die Börse war zahlreich besucht. — Es notierten in Rb: Böhmisches Weizen, Prag 207 bis 210; Böhmisches Roggen, Prag 190 bis 195; Böhmisches Merkantilgerste, Prag 180 bis 185; Böhmisches Auswahlgerste, Prag 145 bis 150; Böhmisches Hafer, feuchter, Prag 130 bis 136; Böhmisches Weizhafer, Prag 145 bis 146; Amerik. Patentmehl, Teilschen 3.60 bis 3.65; Weizenmehl DSH 3.65 bis 3.70; Weizenbrotmehl Nr. 4 2.10 bis 2.15; Roggenmehl 0/1 2.35 bis 2.40; Gleichmehl 1. 2.15; Weizenmehl 3.80 bis 3.85; Reis Burma II. Teilschen 2.88 bis 2.98; Reis Arcoan, Teilschen 2.98 bis 3.33; Reis Moulmain extra, Teilschen 3.53 bis 3.58; Reis italienisch, poliert, Prag 4.23; Kaffee Rio 28. — bis 28.5; Kaffee Santos 30.5 bis 33.5; Kaffee Quatemala 35 bis 38.5; Kaffee Portoriko 38 bis 39.5; Tee Soukong 54; Tee Orange Pecco 58 bis 65; Parmandeln 35; Mandeln geklaute 38; Rosinen 15 bis 12; Pflanzen böhm. 3.50 bis 4; Mohr böhm. 10.90 bis 11.10; Kümmel böhm. 4.20 bis 4.70; Kümmel holländischer 5 bis 5.25; Erbsen grüne 2.80 bis 3.20; Erbsen gelbe 1.75 bis 2.20; Erbsen Viktoria 2.50 bis 2.80; Linsen 3 bis 4; Weißbohnen 1.30 bis 1.40; Hirse 2.70; Amerik. Fett, Teilschen 14.40 bis 14.60; Fett ungarisches Szob 14.40 bis 14.50; Esstoffslein, Verladestation 90 bis 93; Mais jugoslawischer, Bratislava 100; Mais rumänischer, Keimförmiger, Oberberg 110; Mais Cinquantino, Oberberg 113; Heu böhmisches loses, Prag 70 bis 75; Heu böhmisches gepreßt, Prag 80 bis 86; Futterstroh gepreßt, Prag 40 bis 44; Stroh gepreßt, Prag 45 bis 50; Langstroh, Prag 55 bis 57; Weizenkleie inf. Sade, Verladestation 100 bis 105; Roggenkleie inf. Sade, Verladestation 90 bis 95; Malzblüte 95 bis 105; Rapsfuchen 150 bis 175; Leintuchen 180 bis 195.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wann haben Sie Ihren nächsten Washtag? Er soll Ihnen zur Freude werden, Versale, das neue, selbstwirkende Waschmittel, verdrängt das Waschtags Sorgen, gestaltet ihn mühelos einfach, spart Zeit und Geld, schont und erhält die Wäsche, über- all zu haben. Frei von Chlor!

die geplagte Mutter des Täters berart, daß sie in Ohnmacht fiel und aus dem Saale geschafft werden mußte. Weitere Zeugen wurden nicht vernommen, so daß die Geschworenen die ihnen vorgelegten zwei Hauptfragen auf dreifachen menschlichen Raubmord und auf räuberischen Totschlag beraten konnten. Die Geschworenen bejahten die gestellten zwei Hauptfragen und die Zusatzfrage auf niedere und unehrenhafte Gründe. Dadurch wurde der Schuldspruch auf zwanzig Jahre schweren Kerker, das höchstzulässige Straußmaß, gefällt. Damit endete diese schwere Tat, die drei Menschenleben kostete und seinerzeit die ganze Stadt in Aufregung versetzte. Wir als Sozialisten sehen aus den Umständen der Tat wieder einmal, daß mehr die Gesellschaftsordnung schuldig ist, als ein junger Mensch, der in Sorgen und Not aufwachsen mußte, von seinen Eltern nicht betreut werden konnte, da sie den ganzen Tag in der Fabrik schu- teten. Die lange andauernde Arbeitslosigkeit ver- wirrte seinen Sinn und so kam es zu der bedauer- lichen Tat, die das Glück zweier Familien ver- nichtete.

Mildes Urteil im letzten Brandleger- prozess.

Auf Grund des Verdichtes der Geschworenen verurteilte das Gericht unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Höllriegel den Angeklagten Stjepan zu 5 Monaten, zwei weitere Angeklagte zu je 4 und zwei Angeklagte zu je einem Monat schweren Kerkers. Weiter verurteilte das Gericht einen Angeklagten zu 2 Monaten, und zwei Ange- klagte zu je einem Monat Arrest. Die Angeklagten Franz und Josef Sokal und Dobrichovsky wurden zwar von den Geschworenen schuldig ge- sprochen, aber, da sie bereits im letzten Brandleger- prozess verurteilt sind, wurden ihnen die weiteren Strafen erlassen. Die letzten zwei Angeklagten wurden freigesprochen. Damit ist der Brandleger- prozess für diese Session beendet.

Kleine Chronik.

Eisen als Heilmittel. Das Eisen gehört seit langer Zeit zum Heilsschatz der Ärzte. Aus der Erfahrung heraus hatte man seine gesundheitsför- dernden Wirkungen kennen gelernt. Heute genügen derartige, immerhin wissenschaftlich nicht exakte Be- lege allein nicht; erst der Laboratoriumsversuch, die moderne Chemie, die Prüfung des Eisenstoffwechsels im Körper vermögen uns schlüssigere Beweise über die Wirksamkeit oder Wertlosigkeit der einzelnen Eisenpräparate zu geben. Die im Brennpunkt stehende Streitfrage lautet: Sind die organischen oder die anorganischen Eisenverbindungen zu bevor- zugen? Um hier zu einer Klärung zu gelangen, mußte man zunächst den Eisenstoffwechsel im Kör- per erforschen. Das Eisen ist ein unentbehrlicher Nahrungsstoff. Ist es nicht in ausreichenden Men- gen vorhanden, so tritt, wie Tierexperimente beweisen, nach kurzer Zeit Blutararmut (Anämie) auf, die auf Mangel an eisenhaltigem Blutfarbstoff beruht. Das Eisen der Nahrungsmittel liegt in sehr komplizierten Verbindungen vor. Gleichfalls ist durch Tierversuche erhärtet, daß das Eisen in organisch gebundener Form vom Körper gut aufgenommen und zur Blutfarbstoffbildung verwendet wird. Aber ebenso unzweifelhaft werden auch anorganische Eisenverbindungen im gleichen Sinne vom Organismus verwertet. Es dienen demgemäß anorganische wie organische Eisenverbindungen zur Bildung des Blutfarbstoffs. Das in der Nahrung aufgenommene Eisen wird im Anfangsteil des Darms von der Darmwand aufgesogen; zur Ausscheidung gelangt es vorwiegend im Dickdarm. Wie es aber im einzelnen im Körper wirkt, das ist uns — wie auch jüngst Professor Fischer (München) erst wieder betonte — zurzeit noch unbekannt. Bei starkem Bluterfall hält der Körper das Eisen zähe zurück; man kann dann mehrere Gramm Eisen in der Leber, im Kno- chenmark und in der Milz finden. Ungemein wich- tig für die Wirksamkeit des Eisens auf die Blut- farbstoffbildung im Organismus scheint die Art des Eisens zu sein, an das gebunden es in den Körper gelangt. Es muß eben ansprobiert werden, welches Eisenpräparat dem jeweiligen Zustand und der Auf- nahmefähigkeit des kranken Organismus am ehe- sten angepaßt ist. Ein Eisenpräparat, das in allen Fällen von Blutararmut wirksam wäre, besitzen wir zurzeit noch nicht.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holil.

Bad Bohdaneč

heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias und Frauenleiden. — Berühmte Moorbäder. — Radioaktive Quelle. — Tausende Dankschreiben. — Modernst eingerichtet. — Riesiger Park und Wälder. — Allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAL. Prospekte gratis.

Literatur.

Die Holzhauerfiedlung Fürstenhut von Rudolf Kubitschek. Kommissionsverlag Carl Maasch's Buchhandlung K. S. Bayer in Pilsen. Preis 5 K. Rudolf Kubitschek, der unter den Heimatschrift- stellern des Böhmerwaldes den stärksten sozialen Einschlag aufweist, zeichnet in seiner neuesten Schrift die Geschichte der Holzhauerfiedlung Fürstenhut im ehemals fürstlich Schwarzenbergischen Herrschafts- bereich des mittleren Böhmerwaldes auf. Diese Heimatsgeschichte ist zugleich ein Stück Sozial- geschichte des Böhmerwaldes, denn der dornenvolle Aufstieg der Fürstenhuter Anstelter von „verpflichteten fürstlichen Holzhauern“ zu freien Besitzern ihrer mageren Scholle und ihrer Arbeits- kraft war ein Auschnitt aus dem Schicksal von tausenden ihrer Leidensgenossen, die als sogenannte Zinsgründer bis in die Umsturztage hinein in einem Zustande wahrer Leibeigenschaft lebten. Wer die Entwicklung unserer Dorfstädte in den un- eingeschränkten Herrschaftsbereich des Feudalismus näher kennen lernen will, wird aus diesem gehal- tenden Büchlein reiche Anregung schöpfen. —

Der Film.

Liebe ohne Grenzen heißt ein Film, den die Universal nach dem gleichnamigen Roman von Hans Land drehen wird.

Vola Regri in einem Lustspiel. „Gut und un- artig“ ist der Titel des ersten wirklichen Lustspiel- films, in welchem Vola Regri auftritt. Es ist dies die Verfilmung einer Posse von Avery Hop- wood „Unartiges Achenbrödel“, welches M. St. Clair für Paramount dreht.

Lya Mara als Grille. Friedrich Zellnit wird das berühmte Theaterstück „Die Grille“ nach dem Roman von George Sand mit Lya Mara in der Hauptrolle verfilmen.

Das Paradies im Atelier. Unter den neuen Fox-Großfilmen führt einer den Namen „Der Garten Eden“, in welchem George O'Brien und eine neue Filmschönheit Olive Borden den Adam und die Eva spielen werden.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Mittwoch, 7 Uhr Gastspiel Emmy Sturm, Premiere: „Ushi“. — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Tosca“. — Freitag, 7 1/2 Uhr „Der fröhliche Weinberg“. — Samstag 7 1/2 Uhr: Wagnerfeier: „Der fliegen- de Holländer“. — Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Char- lechs Tante“; 7 Uhr Gastspiel Emmy Sturm: „Ushi“. — Montag 2 1/2 Uhr, Gastspiel Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“; 7 1/2 Uhr Gastspiel Leswig-Rajbl: „Cavallaria rusticana“, „Baja 330“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: „Ridel und die 36 Gerechten“. — Donner- stag, Freitag, Samstag und Sonntag Gastspiel Paul Morgan: „Der Mann im Rasten“, „Der Hofbankier“.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Natur- freunde“, Prag. Pfingsttour, Zu- sammenkunft aller Teilnehmer mor- gen Donnerstag, den 20. Mai, um 8 Uhr abends im Cafe „Continental“, Hofratszimmer, zwecks Durch- besprechung der Tour und genauer Festsetzung der Abfahrt. Alle Teilnehmer müssen erscheinen.

Türnen und Sport.

Starke Zunahme des Frauenturnens in Oester- reich. Die Einführung des hygienischen und rhythmischen Frauenturnens hat in Oesterreich solchen Anklang gefunden, daß die Zahl der turnenden Frauen und Mädchen diejen- igen der männlichen Turner bereits über- steigt. Der Arbeiter-Turnverein Wien verzeich- nete im Jahre 1925 zusammen 751.200 Turnbesuche, davon waren 357.984 männlich und 393.216 weiblich.

Tennis als Arbeiterport. Die Freie Turner- schaft Lichtenberg-Friedrichsfelde besitzt seit ungeschä- zwei Jahren eine Tennisabteilung, die sich mit gutem Erfolge entwickelt hat. Im vorigen Monat hat sich nun auch im Arbeiter-Turn- und Sportver- ein Weiskensee eine Tennisabteilung gebildet. Das sind bisher die einzigen Tennisabteilun- gen in Deutschland.

Schweiz-Deutschland. Dieses Länder-Rückspiel im Handball ist auf Pfingsten festgesetzt wor- den. Pfingstsonntag spielt die deutsche Mannschaft in Basel, am Montag in Zürich.

Sinnliche Meisterkämpfe im Ringkampf. Der Ringwertstreit um die Meisterschaft im sinnlichen Arbeiter-Sportbund, der in Tri bei Gelfingfors zur Austragung kam, hatte folgenden Ergebnis: bis 58 Kilo: M. Nurmi (Tampere); bis 62 Kilo: L. Kollo (Gelfingfors); bis 67.5 Kilo: M. Saaristofi (Gelfingfors); bis 75 Kilo: W. Rojander (Gelfing- fors); bis 82.5 Kilo: W. Salonen (Pari); über 82.5 Kilo: D. Weiskoussi (Turku).

Reichsordnertag in Wien. Im Anschluß an des große Sportfest in Wien wird der Republiko- nische Schutzbund einen Reichsordnertag ver- anstalten. Für den Umzug sind bereits angemeldet: 20.000 Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot- Gold, 6000 deutsche und tschechische Arbeiterkämpfer aus der Tschechoslowakei, eine Ehrenkompanie der belgischen Arbeitermiliz, eine Abteilung der Arbeiterkämpfer aus Lettland, eine Truppe der polnischen Arbeiter, eine Abordnung des französischen Schut- bundes, sämtliche Bataillone des österreichischen Re- publikanischen Schutzbundes. Weitere Anmeldungen sind zu erwarten.

Neue österreichische Fußball-Zeitschrift. Die Freie Vereinigung der Arbeiter- Fußballvereine in Oesterreich gibt seit dem 1. Mai eine eigene Zeitschrift heraus. Die Arbeiter-Fußballer sind damit der Losreißung vom bürgerlichen Verband wieder einen Schritt näher gekommen.

WARUM HAT



Berson 750

DIE WELT EROBERT !

Rohmaterial: BERSON 750 sind aus den besten Para-Gummisorten hergestellt, haben im Vergleich zu allen anderen Gummi- absätzen den größten Rohgummigehalt und erklärt sich daraus die besonders

DAUERHAFTIGKEIT

Industrielle Leistungsfähigkeit: BERSON 750 werden in den größten Fabriken der C. S. R. hergestellt und sind diese Fabriken auf dem Weltmarkt so leistungsfähig, daß sie für die hochwertigen Gummiabsätze BERSON 750 den billigsten Inlandspreis rechnen können. BERSON 750 hat eine unerreichte Qualität und ist be- deutend

BILLIGER ALS LEDER

Paßform: BERSON 750 ist das Resultat der Erfahrungen, die von den ersten Schuh- und Gummi-Fachleuten in der ganzen Welt gesammelt wurden. BERSON 750 sind — schmännlich montiert —

ELEGANT UND PRAKTISCH

FÜR DEN GUTEN SCHUH

„DEN BESTEN GUMMIABSATZ!“

Berson 750